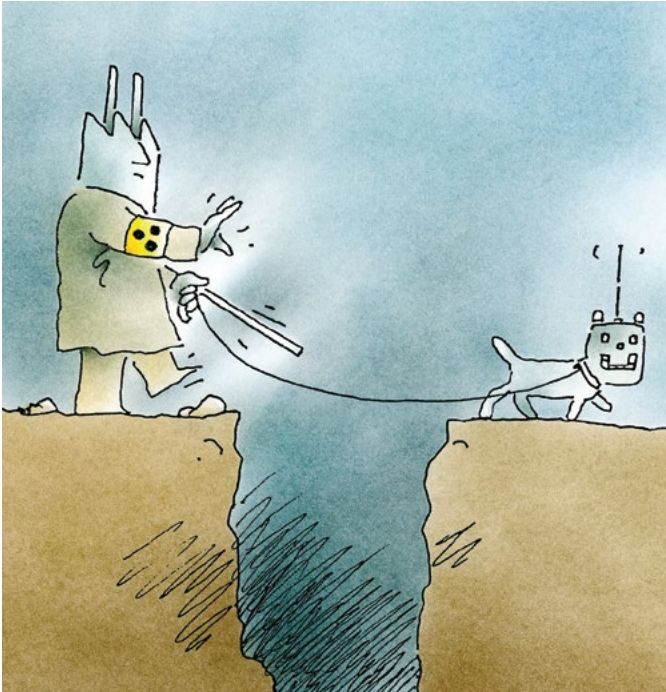


Topthema: Gute Arbeit neu definieren



Angesichts der rasanten Umbruchprozesse auf dem Feld der Arbeit (und der Wirtschaft) gilt es zu verhindern, dass die Beschäftigten ins Bodenlose stürzen. Der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban erläutert, wie Gute Arbeit in der Transformation aussehen sollte. Er setzt auf eine ökologisch-soziale Umgestaltung mit Hilfe einer gesellschaftlichen Gegenmacht, die die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Gesellschaft und der Natur gegenüber der kapitalistischen Logik zur Geltung bringt.

Von Dr. Hans-Jürgen Urban

Seiten 4-27

Weitere Artikel

Strukturwandel in der Saar-Wirtschaft – eine aktuelle Analyse
Von Jonas Boos

28-47

Ein Studiengang zwischen Interdisziplinarität und kultureller Praxis
Von Prof. Dr. Clemens Zimmermann

48-57

Buchbesprechungen und Buchtipps
Von Simone Hien, Jonas Boos und Wulf Wein

58-66

Inhalt

3

Editorial

4

Dr. Hans-Jürgen Urban: Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel – Kurztitel: Chance auf öko-soziale Umgestaltung

28

Jonas Boos: Nachhaltige Strategie muss qualitativ hochwertige Beschäftigung sichern – Kurztitel: Analyse der Saar-Branchenstruktur 2019

48

Prof. Dr. Clemens Zimmermann: 20 Jahre Historisch orientierte Kulturwissenschaften (HoK) an der Universität des Saarlandes – Kurztitel: Zwischen Interdisziplinarität und kultureller Praxis

58

Buchbesprechungen

64

Buchtipps

67

Inhalte der bislang erschienenen AK-Beiträge

Impressum

Herausgeber: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Redaktion: Peter Jacob, Dörte Grabbert, Simone Hien, Wulf Wein; Redaktionelle Beratung: Sabine Ohnesorg, Jonas Boos, Jörg Jacoby; Titelzeichnung: Kurt Heinemann; Kontakt: Telefon: 0681 4005-430, Telefax: 0681 4005-401; E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de, Internet: arbeitskammer.de
Druck: Kerndruck, Bexbach
Preis: 6,00 Euro plus Versand (für AK-Mitglieder kostenlos)
ISSN: 2628-7303

Hinweis 1: Die veröffentlichten Artikel sind nicht notwendigerweise mit den Positionen der Arbeitskammer des Saarlandes identisch.

Hinweis 2: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.



Foto: Adobe Stock/ Denis

Editorial

Von Thomas Otto

Erst ein anerkannter Soziologe, nun ein gestandener Gewerkschafter. Die „große Transformation“ treibt viele Experten um – und das schlägt sich in den AK-Beiträgen nieder. Ich finde es wichtig, wenn wir etwas „Aufklärungsarbeit“ leisten, zumal das Thema auch die Arbeitskammer des Saarlandes noch länger beschäftigen wird. Der Soziologe Klaus Dörre im Heft 1/2019 und der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban in diesem Heft zeigen Perspektiven (*siehe Foto*) für den „großen Umbruch“ auf, bei denen die Belange der Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen. Genau das fordert die AK Saar ebenfalls, dass die Beschäftigten keinesfalls „hinten runterfallen“ dürfen, wenn sich Arbeit und Wirtschaft grundlegend verändern. Perspektiven für die verschiedenen Branchen der Saar-Wirtschaft und Perspektiven für die historisch orientierten Kulturwissenschaften an der Saar-Universität werden in weiteren Texten erörtert und erläutert. Viel Spaß und hoffentlich auch etwas Erkenntnisgewinn bei der Lektüre!

P.S.: Bitte sehen Sie es uns nach, dass Sie die AK-Beiträge 2/2019 erst im Jahr 2020 erhalten. Die Drucklegung hat sich leider etwas verzögert.



Thomas Otto ist Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes.

Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel

Von Dr. Hans-Jürgen Urban

In den „AK-Beiträgen“ 1/2019 hat die Redaktion 16 Thesen zu guter Arbeit in der großen Transformation vorgestellt – formuliert vom Soziologen Klaus Dörre. In dieser Ausgabe drucken wir mit freundlicher Genehmigung des VSA-Verlages das Schlusskapitel aus dem Buch „Gute Arbeit in der Transformation“ von Hans-Jürgen Urban nach.* Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall plädiert in seinem Text für eine „zeitgemäße Wirtschaftsdemokratie, die Widerstände einer intervenierenden Politik überwindet und ihr notwendige Wirkungsräume eröffnet“, wie er selbst an anderer Stelle im Buch schreibt.



Dr. Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für die Themen Sozialpolitik sowie Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Außerdem ist Urban Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Vorrede

Die ökologisch-soziale Transformation ist ein Projekt mit diversen Dimensionen und Konflikten. Zweifelsohne ist es ein gesamtgesellschaftliches Projekt. Es erfordert Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, aber auch der Kultur und der täglichen Lebensweise. Vieles, vielleicht das Wichtigste, wird sich in den Unternehmen abspielen müssen. Und da sind die Bedingungen alles andere als günstig. Kapitalistische Betriebe stellen einen Verwertungszusammenhang dar, der nicht nach sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien,

Gliederung:

1. „Private Regierungen“ statt „demokratisches Unternehmen“
 - 1.1 Gute Arbeit im Sog der kapitalistischen Transformation
2. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie – Fehlentwicklungen und Anknüpfungspunkte
3. Essentials einer ökologisch-sozialen Wirtschaftsdemokratie
4. Wie steht es nun um die Gute Arbeit in der Transformation?
 - 4.1 Essentials Guter Arbeit ...
 - 4.2 ... und die Bedingungen ihrer Realisierung
 - 4.3 Der historische Auftrag
5. Literatur (Auswahl)

sondern nach den Spielregeln maximaler Kapitalverwertung funktioniert. Und die Konkurrenz auf kapitalistischen Märkten exekutiert diesen Imperativ. Von demokratischen Verfahren, dem Ringen um Mehrheiten und der Durchsetzung des Mehrheitswillens ist da keine Rede. Mehr noch, die betriebliche Realität ist nicht nur weit von den neuen Versprechen eines „demokratischen Unternehmens“ (siehe Teil 3, Kapitel 5) entfernt, das uns mitunter als Verheißung der digitalen Wirtschaftswelt präsentiert wird. In den Giganten (nicht nur) der digitalen Ökonomie, etwa bei Amazon und Apple, aber auch bei Walmart oder Tyson, dominieren autokratische, ja diktatorische Strukturen.

1. „Private Regierungen“ statt „demokratisches Unternehmen“

Dies jedenfalls ist die Kernthese von Elizabeth Anderson. Die Studie, in der sie diese entwickelt und begründet, trägt den Titel „Private Regierungen“, der durch die programmatische Unterzeile ergänzt wird: „Wie die Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)“. Ihr zentrales Anliegen ist es, „Fragen der Autorität und Kontrolle am Arbeitsplatz auf die politische Agenda“ zu setzen und mit dem Konzept der privaten Regierung einen analytischen Rahmen bereitzustellen, „in dem artikuliert werden kann, was an der dominierenden Verfassung der innerbetrieblichen Führung problematisch ist“. (Anderson 2019: 202) Dazu fasst Anderson die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten als eine von Regierungen und Regierten; allerdings nicht in einer Demokratie, sondern in einer Autokratie. Denn die Regierungen sind nicht öffentlich, sondern privat, und nicht die Regierten kontrollieren sie, sondern die privaten Regierungen herrschen

„Im Feld der Arbeit finden rasante Umbruchprozesse statt – angestoßen durch global vernetzte Wertschöpfungsketten, die Digitalisierungsprozesse einer Smart Factory, aber auch die dringenden Erfordernisse umweltschonender Produktion und Konsumtion. Damit wird Arbeitspolitik zu einer Schlüsselressource gewerkschaftlicher Strategien. (...) Die zentrale Frage lautet: Wie können die betrieblichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse so gedreht werden, dass Gute Arbeit gestärkt wird?“ So skizziert der Verlag die Kernthemen, mit denen sich Hans-Jürgen Urban im Buch beschäftigt.

**) Die Redaktion bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich für die Erlaubnis zum Abdruck des Schlusskapitels.*

Hans-Jürgen Urban
**Gute Arbeit
in der Transformation**

VSA:
Über eingreifende Politik
im digitalisierten Kapitalismus

Hans-Jürgen Urban: Gute Arbeit in der Transformation – Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus, VSA: Verlag, Hamburg 2019, 264 Seiten, ISBN 978-3-96488-012-3, 19,80 Euro.

autokratisch über die Regierten. Mehr noch: Anderson spricht gar von „kommunistischen Diktaturen“ in der Gesellschaft des kapitalistischen Betriebs (ebd.: 79ff.): „Außer der Arbeit selbst besitzt die Regierung alle Produktionsmittel in der Gesellschaft, die sie regiert. Sie organisiert die Produktion mit Hilfe zentralistischer Planung. Die Regierungsform ist eine Diktatur. In manchen Fällen wird der Diktator von einer Oligarchie ernannt. In anderen Fällen ist der Diktator selbsternannt.“ (Ebd.: 80) Dabei liefern die Beherrschten nicht nur ihre Arbeitskraft, sie ordnen sich einer ihr ganzes Leben erfassenden Herrschaftsbeziehung unter. Denn das für das autokratische Unternehmen typische „Arbeitsverhältnis-auf-Abruf“ basiert auf einem Beschäftigungsverhältnis, das „dem Arbeitgeber ... eine umfassende gesetzliche Autorität nicht nur über das Arbeitsleben von Arbeitnehmern, sondern auch über deren Verhalten nach Dienstschluss (verleiht), weil sie den Arbeitgeber dazu berechtigt, Arbeitnehmerinnen aus jedem Grund oder grundlos zu kündigen.“ (Ebd.: 101) Den Beherrschten bleiben wenig Möglichkeiten der Gegenwehr. Sie können entlassen, also ins Exil geschickt werden; oder sie können freiwillig gehen, also emigrieren. Doch: „Exil oder Emigration können schwerwiegende Nebenfolgen haben. Die große Mehrheit hat keine weitere realistische Option, als die Einwanderung in eine weitere kommunistische Diktatur zu versuchen, von denen allerdings viele zur Auswahl stehen.“ (Ebd.: 81) Oder auch nicht, so möchte man ergänzen. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit stehen vielen Beherrschten diese Optionen aus Mangel an offenen Stellen realiter vielfach nicht zur Verfügung. Kurzum: „Die private Regierung am Arbeitsplatz sorgt dafür, dass Autoritäts-, Status- und Ansehensungleichheiten in den Organisationen Platz greifen, auf welche die Menschen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diejenigen, die lebenslang auf Lohnarbeit angewiesen sind, haben keinen wirklichen Ausweg: Sie können zwar ihren jeweiligen Arbeitgeber verlassen, was oft mit großen Kosten und Risiken behaftet ist, doch sie können nicht aus dem System der Lohnarbeit aussteigen, das sie strukturell herabsetzt und erniedrigt.“ (Ebd.: 197)

Diese diktatorische Beherrschung der Beschäftigten durch ihre Unternehmensspitzen taucht weder in den wissenschaftlichen Debatten noch in den öffentlichen Diskursen auf. Während in der amerikanischen Öffentlichkeit durchaus über Verteilungsgerechtigkeit und notwenige Mindestlöhne geredet wird, „fehlen uns die richtigen Worte“, so Anderson, „wenn es darum geht, auf welche Weise die Chefs das Leben ihrer Untergebenen beherrschen“ (ebd.: 26). Diese Unfähigkeit zur Thematisierung von Zwangsverhältnissen, die die übergroße Mehrheit der Gesellschaft in Unfreiheit hält, geht zurück auf ein „tiefgreifendes Versagen der aktuellen Denkweisen“ (ebd.: 125). Sie basiert bis heute auf Vorstellungen einer freien Gesellschaft von Gleichen, in der libertäre und egalitäre Ideale individualistischen Zuschnitts miteinander verbunden sind. In der Phase des aufkommenden Liberalismus, also zu Zeiten eines Adam Smith, war die Idee des Marktes mit seinen freien Marktakteuren, so Anderson, eine fortschrittliche Idee. Sie richtete sich gegen Obrigkeitsstaat, Leibeigenschaft und das Monopol der Zünfte. Doch dieses „Ideal einer freien Gesellschaft von Gleichen, die auf allgemeine wirtschaftliche

Selbstständigkeit geründet ist" (ebd.: 200), verlor mit der Industrialisierung und der Entstehung der Großbetriebe an Realitätsbezug. Es mutierte von einer Freiheitsidee zur Rechtfertigungsideologie der privaten Regierung.

Diese relativ ausführlich rekonstruierte These von der privaten Regierung in den Großkonzernen bringt nicht nur Neues, sondern auch Altbekanntes oder Umstrittenes zur Sprache. In kapitalistischen Betrieben geht es nicht demokratisch und schon gar nicht fair zu. Das ist keine Neuigkeit. Schon Marx bemerkte, dass „die kapitalistische Leitung (...) der Form nach despotisch“ ist (Marx 1972: 351). In der bürgerlichen Sozialordnung ist der Besitz an den Produktionsmitteln und mit dem Verfügungsrecht über die Produktionsabläufe und Produkte verbunden. Jeder Kapitalist steht vor dem Problem, die gekaufte Arbeitskraft in Arbeitsleistung umzuwandeln. Sonst ist keine Mehrwert- und Profitproduktion möglich. Da er dafür in der Regel Bedingungen herstellen will, die rebellisches, also „störendes“ Verhalten der Arbeitskraftbesitzer möglichst im Vorhinein verhindern, wohnt dem kapitalistischen Arbeitsprozess eine autoritäre Tendenz inne. Der Arbeitsvertrag zwischen Kapitaleigner und Arbeitenden regelt das Recht auf die Anwendung der Arbeitskraft, die konkreten Bedingungen des Arbeitsprozesses regelt er nicht. Lediglich die Institutionen der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung und die mit ihnen verbundenen Rechte bringen die Interessenvertretungen ins Spiel. Sie schränken das Verfügungsrecht des Unternehmers über die Verwendung der Arbeitskraft sowie das Leistungsvermögen der Beschäftigten ein. An den Kern der Ordnung, die Eigentums- und Verfügungsrechte, reicht aber auch die Mitbestimmung in der Regel nicht heran. Das ist bekannt und geradezu klassischer Diskussionsgegenstand der Arbeitssoziologie. Fragwürdig ist auch Andersons Vorstellung des modernen Betriebs als eines „kommunistisch“ durchstrukturierten und marktfreien Wirtschaftsraums. Immerhin verweisen die Debatten über die „Vermarktlichung“ von Unternehmensstrukturen und Sozialbeziehungen auf die durchaus vorhandenen Absichten im modernen Management, die Effizienzpotenziale marktlicher Allokationen auch für interne Prozesse und die Binnenstruktur von Unternehmen nutzbar zu machen (für viele Sauer 2013, Menz/Nies/Sauer 2019). Schließlich ist eine gewisse Engführung in Andersons Argumentation zu hinterfragen. Ihre Konzentration auf die „Allgegenwart der privaten Regierung am Arbeitsplatz“ und die durch die Staatsgewalt garantierte Rechtsordnung (Anderson 2019: 113) klammert andere Abhängigkeitsdimensionen in der Lohnarbeitsexistenz und interne sowie externe Markzwänge aus. Dadurch werden die Reichweite von „Mitspracherechten“ der Beherrschten auf betrieblicher Ebene (etwa nach dem deutschen Mitbestimmungsmodell; ebd.: 124) über-, und die Restriktionen marktvermittelter Konkurrenzerfordernisse unterschätzt.

Der Arbeitsvertrag zwischen Kapitaleigner und Arbeitenden regelt das Recht auf die Anwendung der Arbeitskraft, die konkreten Bedingungen des Arbeitsprozesses regelt er nicht.



Sind kapitalistische Betriebe letztlich autokratisch organisiert? Demokratisch geht es dort in vielen Fällen jedenfalls ganz sicher nicht zu.

Dennoch: Die Charakterisierung der Kernstruktur der kapitalistischen Betriebsordnung als autokratisches System, das demokratischen Ansprüchen Hohn spricht, ist hilfreich. Gleiches gilt für den Hinweis auf den ideologischen Gehalt öffentlicher Bilder über die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Er sensibilisiert für die Realitäten hinter den Diskursen. Anderson thematisiert das Festhalten an einem anachronistischen liberalistischen Denken als ideologische „Scheuklappen, die uns die Sicht auf unsere tatsächlichen institutionellen Verhältnisse im Bereich der Arbeit nehmen sollen“ (ebd.: 84 und 94ff.). Dieser Verweis auf den Funktionswandel individualistischer Freiheitspostulate kann für die analytische Durchdringung der transformativen Arbeitswelt von heute sehr nützlich sein. Nicht zuletzt für die Erzählung vom demokratischen Unternehmen. Seinem Selbstverständnis nach ließe sich das demokratische Unternehmen als Konzept zur Beendigung der betrieblichen Diktatur und als Beginn einer Phase neuer Mit- und Selbstbestimmung lesen. Doch aus einer ideologiekritischen Perspektive, zu der uns Anderson anhält, ließe sich das Demokratieversprechen im kapitalistischen Betrieb auch als Wiederholung des Freiheitsversprechens des klassischen Liberalismus im digitalen Zeitalter deuten; ein Versprechen, das eher der Verdeckung der verborgenen Mechanismen von betrieblicher Herrschaft und Abhängigkeiten von der privaten Regierung als der Realisierung realer Autonomie dient.

Zugleich drängen die bisherigen Analysen der Arbeitsverhältnisse in der digitalen Ökonomie zu einer anderen, ernüchternden Einschätzung. Bei allen strategischen und rhetorischen Innovationen: So neu ist die Behauptung einer Frontstellung von Individuum und kollektiven Schutzrechten nun auch wieder nicht. Warum sollte im digitalen Zeitalter die machtpolitische Asymmetrie zwischen Beschäftigtem und Arbeitgeber, die kollektive Arbeitsrechte begründet, auf einmal verschwinden,

warum die soziale Schutzbedürftigkeit der abhängigen Arbeit plötzlich enden? Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Konzept des „demokratischen Unternehmens“ als arbeitspolitische Vision gerade auf qualifizierte und selbstbewusste Beschäftigte eine hohe Attraktivität ausstrahlt und mit einer strukturkonservativen Verteidigung der Arbeitnehmerrechte des fordistischen Kapitalismus alleine nicht zu kontern ist. Nichts spricht dagegen, den kollektiven Regeln der Arbeits- und Sozialverfassung starke individuelle Partizipations- und Souveränitätsrechte zur Seite zu stellen, um die Beschäftigten im Betrieb als Individuen, als Quasi-Bürger*innen mit sozialen Rechten zu stärken. Aber alle kapitalismustheoretische Analyse und alle betriebspolitische Erfahrung sprechen dagegen, dies nicht in Form verbindlicher, gesicherter und schließlich einklagbarer Rechte zu tun. Auch daran erinnert die Argumentation Andersons.

1.1 Gute Arbeit im Sog der kapitalistischen Transformation

Was bedeutet es nun für das Projekt einer ökologisch-sozialen Transformation, dass in den Betrieben keine demokratischen, sondern autokratische Verhältnisse herrschen, in der „Old“ wie in der „New Economy“? Zunächst ist auf die Restriktionen zu verweisen, die schon in früheren Kapitalismusformationen, etwa dem Fordismus, wirkten und die in die Kernstruktur kapitalistischer Gesellschaften eingeschrieben sind. Sie sind seit jeher Gegenstand progressiver, kapitalismuskritischer Debatten und beziehen sich auf die grundlegenden Spielregeln kapitalistischen Wirtschaftens: die maximale Verwertung des eingesetzten Kapitals. Sie bringen die der kapitalistischen Ökonomie eigenen Zwangsmechanismen hervor, von denen sich keiner der kapitalistischen Spieler, weder die Kapitaleigner noch die Arbeitskraftbesitzer, umstandslos verabschieden können. Wer dem nicht standhält, wird (als Unternehmen) früher oder später aussortiert oder (als abhängig Arbeitender) seiner Reproduktionsbedingungen beraubt. Es ist der daraus resultierende Zwang zur permanenten Produktivitätssteigerung und Innovation, der die ungeheure Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Marktes hervorbringt. Sie war im national regulierten Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus die Grundlage eines historisch bis dahin einzigartigen Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung. Doch das ist bekanntlich nur die eine Seite der Medaille. Die schwer zu bändigende kapitalistische Marktdynamik tendiert auch dazu, alles dem Ziel der Kapitalverwertung unterzuordnen – den ganzen Menschen und die Natur. Karl Marx hat diese Dynamik in einem prägnanten und fast schon legendären Diktum zum Ausdruck gebracht: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx 1972: 529f.) Damit nicht genug, Arbeits- und Sozialpolitik findet heute im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus statt. Dieser stiftet einen sozioökonomischen Kontext, in dem überzogenen, kurzfristig zu realisierenden und machtvoll wirkenden Renditeansprüchen das Primat zukommt. Vor allem, aber nicht nur, in den Betrieben. Der Drang, in der Gesellschaft neue Felder profitabler Kapitalverwertung zu eröffnen, greift auch auf die Systeme der sozialen Sicherheit, der Bildung und Forschung sowie der Kultur und der individuellen Lebenswelten über. Gegenüber dem Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus hat sich die „Spielanordnung“ allerdings verändert (Schulmeister 2013). Das

bezieht sich auf die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, aber auch auf das Verhältnis von Real- und Finanzkapital sowie die Beziehungen zwischen Kapital und Staat. Dabei ist die Verschiebung der Machtverhältnisse zulasten der abhängig Arbeitenden (und ihren Gewerkschaften) eine zentrale Hürde für eine arbeitskraftzentrierte Politik. Die Ursachen für diese Verschiebung sind wiederum vielfältig. Das Kapital ist mobiler geworden und kann die Belegschaften noch effektiver als in der Vergangenheit mit Standortverlagerungen erpressen; die Prekarisierung von Arbeit und die Privatisierung sozialer Sicherheiten schwächen die Verhandlungsmacht der organisierten Arbeit; und die Erosion des Tarifvertragssystems sowie der rückläufige Organisationsgrad unterminieren die institutionelle und Organisationsmacht der Gewerkschaften.

Vor allem der Finanzsektor hat gerade in den schwach regulierten Sphären ein riesiges Ausmaß erreicht. Schon wenige Fakten illustrieren die Dimension. Mit 149 Billionen Dollar wurde fast die Hälfte des gesamten Finanzvermögens auf der Welt zuletzt nicht mehr von Banken bewegt, sondern von Versicherungen, Pensionsfonds und einer wachsenden Zahl anderer Finanzvermittler.¹ Zu diesen gehören auch Schattenbanken. Dabei handelt es sich um Akteure auf den Finanzmärkten, die bankähnliche Funktionen (insbesondere im Kreditvergabeprozess) wahrnehmen, aber keine Banken sind und somit nicht der

Regulierte Kreditinstitute können Geschäfte an spezialisierte Schattenbanken auslagern und so Regulierungsmaßnahmen umgehen. Insgesamt wird dieser „Graumarkt der Finanzwelt“ (FAZ) auf 76 Billionen US-Dollar geschätzt, wobei sich der hoch riskant angelegte Anteil am weltweiten Vermögen der Schattenbanken in Jahr 2015 auf rund 34,2 Billionen US-Dollar belief.

Regulierung für Kreditinstitute unterliegen. Regulierte Kreditinstitute können Geschäfte an spezialisierte Schattenbanken auslagern und so Regulierungsmaßnahmen umgehen. Insgesamt wird dieser „Graumarkt der Finanzwelt“ (FAZ) auf 76 Billionen US-Dollar geschätzt, wobei sich der hoch riskant angelegte Anteil am weltweiten Vermögen der Schattenbanken in Jahr 2015 auf rund 34,2 Billionen US-Dollar belief.² Wichtige Player sind auch Hedgefonds, die wenigen oder gar keinen Anlagerestriktionen unterliegen. Das Geld der Anleger kann nicht nur in Aktien oder Anleihen investiert werden, dem Fondsmanagement stehen auch derivative Finanzinstrumente (Termingeschäfte) zur Verfügung. Auch Leerverkäufe sind möglich. Dabei darf das Fondsmanagement Wertpapiere auf Termin verkaufen, die es zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gar nicht besitzt. Insgesamt gelten sie als Fondstyp, der mit hochspekulativen Anla-

getechniken arbeitet. Im Jahr 2017 belief sich das weltweit verwaltete Vermögen der Hedgefonds auf eine Summe von rund 3.179 Milliarden US-Dollar und hat sich damit seit Beginn des Jahrhunderts mehr als verdreizehnfach.³

Also: Nicht mehr oder weniger regulierte Banken, sondern Versicherungen, Pensionsfonds und eine wachsende Zahl anderer Finanzvermittler bewegen fast die Hälfte des

gesamten Finanzvermögens auf der Welt. Diese weitgehend ungebändigten Finanzmärkte destabilisieren nicht nur die Finanz-, sondern auch die Realwirtschaft. Sie wirken in nahezu alle Felder von Gesellschaft und Politik hinein – mit eigenen Interessen und gegen alle Regeln der Demokratie. In den Unternehmen setzen aktivistische Investoren durch, dass sich die Vorstände nicht an Beschäftigung und Innovation, sondern in erster Linie am Shareholder-Value orientieren; die autokratischen und asymmetrischen Machtverhältnisse in den Unternehmen kommen da gerade recht. Und mit ihrer Lobbymacht setzen sie Staaten unter Druck, den Abbau von Sozialrechten, die Ausweitung von Steuerprivilegien und die Privatisierung und Finanzialisierung von sozialen Sicherungssystemen durchzusetzen. Die neue finanzmarktkapitalistische Landnahme verändert die Bedingungen gewerkschaftlicher Politik grundlegend.

Mit anderen Worten: Autokratische Verhältnisse im Inneren und finanzkapitalistische Restriktionen von außen prägen die neue Spielanordnung. Damit dominieren sie zugleich die Rahmenbedingungen jeglicher Transformationspolitik, auch die einer ökologisch-sozialen Reformpolitik. Diese Spielanordnung gilt es zu überwinden. Das erfordert nicht weniger als eine weitreichende Demokratisierung der kapitalistischen Ökonomie und der Gesellschaft insgesamt. Das ist zweifelsohne eine Jahrhundertaufgabe. Vor allem, weil mehrere Transformationstreiber zusammenwirken. Das schafft komplexe Konstellationen für strategische Politik. Dabei sind Globalisierung, Digitalisierung und Dekarbonisierung für sich genommen Aufgaben, an denen sich auch die ambitioniertesten Reformakteure schnell die machtpolitischen Zähne ausbeißen können. Die traditionelle Methode, wichtige und unwichtige Entwicklungen zu unterscheiden, um vorhandene Ressourcen nach Effizienzkriterien zu fokussieren, stößt schnell an Grenzen, wenn die Akteure mit einer Vielzahl gleichzeitiger „1-A-Prioritäten“ konfrontiert sind. Letztlich führt jedoch auch zukünftig kein Weg daran vorbei, Schwerpunkte zu setzen, um sich in der kaum zu überblickenden Problemlandschaft der Transformation der Arbeit nicht zu verzetteln. Zu fragen wäre vor allem nach Politikfeldern, in denen sich die geschilderten Entwicklungen mit ihren Gefährdungen und Problemkomplexen bündeln.

2. Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie – Fehlentwicklungen und Anknüpfungspunkte

Damit sind wir beim strategischen Kern einer ökologisch-sozialen Reformalternative (Urban 2013: 249ff.). Wenn autokratische Verhältnisse innerhalb der Betriebe und finanzmarktkapitalistische Restriktionen von außen überwunden werden müssen, sollte hier, wie ausgeführt, die Stunde der Demokratie schlagen. Demokratie als einzig bewährte Methode, die Interessen von Gesellschaft und Natur gegenüber denen einer Minderheit zur Geltung zu bringen; und Demokratie als Verfahren der Verständigung unter sozialen Gruppen, die mit jeweils legitimen Interessen zu gemeinsamen Lösungen gelangen wollen oder müssen. Somit, so wurde argumentiert, wird Wirtschaftsdemokratie zum archimedischen Punkt von Konversionskonzepten, die eine naturverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise mit sozialen und Beschäfti-

gungsinteressen und der Überwindung autokratischer Strukturen in den Unternehmen ausbalancieren wollen.

Wie aber müsste ein zeitgemäßes wirtschaftsdemokratisches Modell konzipiert und wie seine Realisierungsbedingungen gedacht werden? Zunächst einmal ist festzuhalten: „(D)er Kampf für die Demokratisierung der Arbeit und der Wirtschaft erfordert eine ideenreiche – in der Tat utopische – Gegenoffensive: eine überzeugende Vision einer anderen und besseren Gesellschaft und Wirtschaft“ (Hyman 2015: 22; eigene Übersetzung). In diese Richtung ist Bewegung zu beobachten. Forciert durch die historische Blamage des Neoliberalismus in der Großen Krise 2008ff. wird in jüngster Zeit an Konzepten nichtkapitalistischen Wirtschaftens und Arbeitens gearbeitet. Einige dieser Debatten werden unter dem Rubrum „Neo-Sozialismus“ (Dörre 2018 sowie die Beiträge in Dörre/Schickert 2019) geführt, andere suchen nach Anregungspotenzialen bei den Theoretikern der „traditionellen“ Wirtschaftsdemokratie. Zu ihnen gehören etwa Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali und Viktor Agartz (siehe dazu den Klassiker von Naphtali 1928/1977 sowie beispielhaft die Beiträge in Bispinck/Schulten/Raane 2008 sowie in Meine/Schumann/Urban 2011).

Debatten dieser Art stehen vor der Aufgabe einer doppelten Sackgassenanalyse. Vor allem die historische Bilanz der diversen Sozialismusversuche fällt mehr als ernüchternd aus. Der demokratische Sozialismus, das einstige Erfolgsprojekt der europäischen Sozialdemokratie, fiel fast ohne Gegenwehr dem Neoliberalismus zum Opfer. Vor allem aber verblässen selbst die eklatanten Fehlentwicklungen im lateinamerikanischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vor dem Desaster, mit dem das historische Großexperiment des bürokratischen Staatssozialismus von der historischen Bühne abtrat. Die Ursachen für sein Scheitern sind gewiss vielfältig. Doch ökonomische Ineffizienz, verkrustete Staatsstrukturen und ein eklatantes Defizit an Grundrechten und zivilgesellschaftlichem Pluralismus gehören sicherlich dazu (Urban 2019a). Was gegenwärtig ansteht, ist nicht weniger als eine analytische Durchdringung und normative Bewältigung der Altlasten gescheiterter Modellversuche. Natürlich bleibt es Aufgabe der Linken, die enormen Folgekosten der kapitalistischen „Leistungen“ ins gesellschaftliche Bewusstsein zurückzuholen. Doch die Aufarbeitung der gescheiterten Sozialismusversuche bleibt unverzichtbar. Die Debatte ist eröffnet und sollte intensiv geführt werden (siehe dazu auch die Beiträge in Dörre/Schickert 2019).

Auch für Überlegungen, die stärker in der Tradition der Wirtschaftsdemokratie stehen, lassen sich Anknüpfungspunkte wie Defizite und historische Lehren benennen (dazu ausführlicher Urban 2011). Angeknüpft werden kann *erstens* an der Einsicht der Wirtschaftsdemokraten, dass die politische Demokratie, der bürgerliche Parlamentarismus zumal, lediglich eine „halbierte“, unvollendete Demokratieform darstellt, weil sie das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung nur für die Sphäre des Politischen zur Geltung kommen lässt. Richtig erkannt wurden *zweitens* die Wichtigkeit, aber auch die Grenzen betrieblicher und unternehmenspolitischer Mitbestim-

mung und die Notwendigkeit ihrer Einbettung in überbetriebliche, in regional- und strukturpolitische, in gesamtwirtschaftliche sowie in sozial- und arbeitsmarktpolitische Strategien und Strukturen. Und *drittens* waren sich Naphtali und andere der machtpolitischen Dimension der Demokratisierung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse durchaus bewusst; die Entmachtung der wirtschaftlichen Eliten der monopolisierten Großkonzerne sowie der politischen Eliten des bürgerlich-kapitalistischen Staates wurde als Ziel wirtschaftsdemokratischer Zwischenschritte und als Voraussetzung der Erreichung des sozialistischen Endziels aufgefasst. Zugleich muss an den traditionellen Wirtschaftsdemokratiemodellen mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus einiges hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden. Das gilt erstens für die Gewissheit, mit der das Endziel Sozialismus als unumstößlicher Fixpunkt wirtschaftsdemokratischer Reformen galt. „Sozialistische Gewissheiten“ können einem Strategieprojekt am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht als Ausgangsbasis vorausgesetzt werden. Weder kann das Sozialismus-Ziel als Konsens aller derer unterstellt werden, die als Protagonisten wirtschaftsdemokratischer Reformen gewonnen werden müssen; noch existiert in der Linken der Gegenwart eine hinreichende Idee von dem, was nach dem Scheitern der Systeme des bürokratischen Staatssozialismus heute unter einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft verstanden werden sollte – von den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus ganz zu schweigen. Unverzichtbar in einem neuen Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist zweitens die Erweiterung der traditionellen wirtschaftsdemokratischen Kapitalismuskritik um die Kritik des „fossilistischen Kapitalismus“ (Elmar Altva-ter). Das erfordert die Integration stofflich-energetischer Aspekte und ökologischer Konversionsstrategien in ein wirtschaftsdemokratisches Konzept, wie es etwa mit der „Ökologie der Arbeit“ intendiert ist. Gerade weil Probleme bei der Rohstoff- und Energieversorgung, die drohende Klimakatastrophe, der Verlust an Biodiversität und die Überforderung der natürlichen Senken durch Schadstoffe letztlich als ein krisenhafter Eklat von immanenten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise begriffen werden müssen, muss die traditionelle Kritik der Politischen Ökonomie auch in wirtschaftsdemokratischen Strategien um die Kritik der Politischen Ökologie erweitert werden. Dies wird ohne die Überwindung fossilistischer Verteidigungskolonien nicht zu bewerkstelligen sein. Auf jeden Fall gewinnt die Demokratisierung gesellschaftlicher Produktions-, Verteilungs- und Konsumententscheidungen auch als notwendiges Mittel zum Zwecke einer ökologischen Konversionsstrategie an Bedeutung. Bleibt drittens das Etatismusproblem der klassischen Wirtschaftsdemokratie. Nationalstaatliche Politik bildet das Zentrum der Übergangsstrategien wie der Funktionsweise traditioneller Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie. Diese Fixierung auf den Nationalstaat erweist sich als korrekturbedürftig. Zum einen muss spätestens seit der linken Kritik am sozialstaatlichen Etatismus davon ausgegangen

An den traditionellen Wirtschaftsdemokratiemodellen muss mit Blick auf die Bedingungen des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus einiges hinterfragt, korrigiert oder weiterentwickelt werden.

werden, dass auch der Sozialstaat durch seine Interventionsmedien Recht und Geld nicht immer soziale Sicherheit, Solidarität und individuelle Freiheit, sondern mitunter auch Bürokratie, Repression und Ökonomisierung sozialer Verhältnisse forciert hat. Damit gewinnen die nichtstaatlichen Voraussetzungen einer emanzipierten Lebensweise an Bedeutung. Das gilt auch für Fragen der Geschlechterdemokratie und Modelle einer gleichberechtigten Lebensweise von Männern und Frauen. Evident ist

Versuche, die gegenwärtige „New Economic Governance“ demokratisch zu transformieren, stehen vor einer Herkules-Aufgabe.

schließlich *viertens*, dass ökonomische Demokratisierungsfortschritte heute nur in einem transnationalen Mehrebenensystem wie der EU zu realisieren sind. Versuche, die gegenwärtige „New Economic Governance“ demokratisch zu transformieren, stehen vor einer Herkules-Aufgabe. Obwohl Transnationalisierung und europäische Binnenmarktstrukturen den ökonomischen Regulierungsraum strukturieren, agieren Regierungspolitiken in nationalstaatlichen Räumen und konkurrieren die nationalen Regulierungs-, Produktivitäts- und Wohlfahrtsregime der Mitgliedstaaten miteinander; von unterschiedlichen Wirtschaftskulturen ganz zu schweigen. Was aus dieser Dialektik von Bedeutungsverlust und Behauptung nationalstaatlicher Politiken und Handlungsarenen für eine Demokratisierung ökonomischer Wertschöpfungsprozesse folgen sollte, ist bisher eine unbeantwortete Frage.

nationalstaatlichen Räumen und konkurrieren die nationalen Regulierungs-, Produktivitäts- und Wohlfahrtsregime der Mitgliedstaaten miteinander; von unterschiedlichen Wirtschaftskulturen ganz zu schweigen. Was aus dieser Dialektik von Bedeutungsverlust und Behauptung nationalstaatlicher Politiken und Handlungsarenen für eine Demokratisierung ökonomischer Wertschöpfungsprozesse folgen sollte, ist bisher eine unbeantwortete Frage.

3. Essentials einer ökologisch-sozialen Wirtschaftsdemokratie

Doch konzeptionelle Überlegungen in Richtung Steuerung und Entprivatisierung von Wirtschaftsentscheidungen hat die zeithistorische Sozial- und Wirtschaftsforschung nicht viele zu bieten.⁴ Der Marktdogmatismus des Neoliberalismus prägte nicht nur die Politik im real existierenden Kapitalismus (mit dem bekannten Ergebnis der Großen Krise), er ergriff auch das Wissenschaftssystem. Eine Folge war das wissenschaftliche Desinteresse an nicht marktförmigen Modellen von Ökonomie oder an einer vorurteilsfreien Auswertung der Erfahrungen, die mit wirtschaftsdemokratischen Versuchen (etwa in Schweden, Jugoslawien, Ungarn und in der Tschechoslowakei) gemacht wurden. Doch neben der Verarbeitung historischer Erfahrungen gilt es, ordnungs- und steuerungstheoretische Diskussionsstände aufzuarbeiten.

- Die Analysen gescheiterter Versuche wie die gegenwärtigen Problemlagen deuten darauf, dass ein kategoriales Zieldreieck aus Effizienz, Demokratie und Naturverträglichkeit einen ergiebigen Orientierungsrahmen darstellen könnte, oder besser: sollte. Zielkonflikte sind absehbar. Ihre Auflösung wird nicht einfach sein. Doch eines scheint klar: Ein alternatives, wirtschaftsdemokratisches oder neo-sozialistisches Wirtschaftsmodell wird – zu Recht – keine historische Überlebensperspektive entwickeln können, wenn es sich zur Einhaltung gewisser historischer Mindeststandards als unfähig erweist. Mindeststandards mit Blick auf Produktivität und

Verteilungsgerechtigkeit, auf demokratische Ermächtigung der Gesellschaft über das Wie und Wofür der Produktion und auf die Überwindung der fossilistischen Produktionsweise.

- Mit Blick auf Eigentumsstrukturen deutet der aktuelle Diskussionsstand auf ein neues Modell einer „Mixed Economy“ hin. Die Basis bestünde aus einer Kombination aus privatem, staatlich/öffentlichem und genossenschaftlichem Eigentum, wobei die Potenziale der Entkoppelung von Eigentum und Verfügungsrechten in der Share-Economy wissenschaftlich aufzuarbeiten wären. Das Problem der Ausbalancierung dezentraler Entscheidungen und gesellschaftlicher Regulation konkretisiert sich letztlich im Verhältnis zwischen Markt und Plan. Auch Wirtschaftsdemokratien haben nach einer optimalen Kombination zwischen den Effizienzpotenzialen des Marktes und den Demokratiepotenzialen politischer Regulation zu suchen. Die historischen Erfahrungen sprechen für die Nutzung marktlicher Verfahren, um flexibel und zeitnah auf sich verändernde Bedürfnisse reagieren zu können; sie spricht aber auch dafür, Märkte in eine Rahmenplanung zu integrieren, über die sich die Wirtschaftsakteure demokratisch verständigen müssen.
- Dabei spricht vieles dafür, dass vor allem die gesellschaftliche Bereitstellung öffentlicher Güter ein konstitutiver Wert in einem Wirtschaftsdemokratiekonzept zukommt. Die immer wieder zum Vorschein tretende Diskrepanz zwischen der Renditeorientierung im kapitalistischen Betrieb und den kollektiven Bedürfnissen der Gesellschaft war historisch vielfach Ansatzpunkt kapitalismuskritischer Strategien der Arbeiterbewegung (siehe für viele Gorz 1967: 105ff.). Wo die zu erwartende Profitabilität fehlt oder zu gering ausfällt, unterbleiben private Investitionen und Aktivitäten. Selbst in der klassischen „bürgerlichen“ Ökonomie ist hier der Staat, vor allem der Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaat, als Ausfallbürge in die Pflicht genommen worden, der im Interesse der Aufrechterhaltung der Funktionsbedingungen der Privatwirtschaft zu agieren hat. Als Bedarfssfelder werden traditionell die wirtschaftliche Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung und der Bildungssektor genannt. Im Kontext eines wirtschaftsdemokratischen Modells verändert sich die gesellschaftliche Funktion öffentlicher Güter, werden insbesondere ihre positiven externen Effekte anvisiert (Wright 2019).⁵ Nicht, was aus Profitabilitätsgründen für das private Kapital unattraktiv ist, sondern was für eine demokratische und solidarische Gesellschaft unverzichtbar ist, wird auf der Grundlage öffentlicher Finanzierung und ohne soziale Zugangsschranken zur Verfügung gestellt. Im Gegenwarts-kapitalismus muss der Katalog um Mobilität, Kommunikation und auch Teile des Wohnens erweitert werden.
- Hinzu käme schließlich die Integration neuer Spieler in die Wirtschaft. Zum klassischen Ensemble aus Unternehmen, abhängig Arbeitenden, Konsumenten und Staat treten Akteure der Zivilgesellschaft hinzu. Wie im Shareholder-Kapitalismus Aktionärsinteressen nach der Steigerung des Unternehmenswertes durch Rechte und Incentives privilegiert werden, so sollten im wirtschaftsdemokratischen Modell Beschäftigte und externe Akteure ermächtigt werden, die Corporate Governance nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

4. Wie steht es nun um die Gute Arbeit in der Transformation?

Auf jeden Fall dürfte die Transformation der kapitalistischen Basisstrukturen infolge institutioneller Rigiditäten (etwa aufgrund der Stabilität staatlich garantierter Eigentumsrechte) und ökonomischer Interessenkollisionen (zwischen Kapital, Arbeit und staatlichen Bürokratien) mit harten Machtkonflikten einhergehen. Daher bedarf es entsprechender Transformationsmacht. Zu Recht definiert E.O. Wright (2017) Wirtschaftsdemokratie als eine neue Machtstruktur, „die über die Herstellung von Bedingungen entsteht, in denen die gesellschaftliche Macht, durch die aktive Beteiligung und Ermächtigung gewöhnlicher Menschen in der Zivilgesellschaft, eine mittelbare sowie unmittelbare Kontrolle der Wirtschaft praktiziert“ (ebd.: 214).

4.1 Essentials Guter Arbeit ...

Es geht also um Gute Arbeit in einer demokratischen und nachhaltigen Wirtschaft. Die machtpolitische Dimension dieses Projektes springt ins Auge, sobald diese reale Utopie mit der Realität des Gegenwartskapitalismus abgeglichen und über die Bedingungen ihrer Realisierung nachgedacht wird. Auch wenn es sich dabei um ein mehr als komplexes Unterfangen handelt, das umfassender Überlegungen bedarf, mögen hier einige wenige, abschließende Gedanken dazu genügen.

Erstens: Gute Arbeit stellt nicht nur Ansprüche an Arbeitsplatzsicherheit und Entlohnung. Gute Arbeit muss insgesamt auch als Kernelement von Freiheit und sozialer Emanzipation des Individuums gedacht, entworfen und realisiert werden. Sie muss daher auf höchsten Qualitätsstandards beharren. Diese reichen von sozialer Sicherheit über gesundheits-, qualifikations- und persönlichkeitsförderliche Arbeitsbedingungen bis hin zu Mindestbedingungen an kommunikativer und sozialer Autonomie in der Arbeit. Das erfordert entsprechende Regelungen bei Entgelten, Arbeitszeiten und Arbeitsinhalten. Es erfordert aber auch ein stabiles Fundament sozialer Sicherheiten, das vor Lebens- und Marktrisiken schützt und die Verfügung über die Bedingungen des eigenen Lebens sichert. Vor allem im Kapitalismus gilt: Ohne soziale Sicherheit keine „soziale Freiheit“ (Honneth 2011 und 2015). Und ohne die Überwindung despotischer „Privat-Regierungen“ (Anderson 2019) keine Freiheitsräume des Individuums im Betrieb.

Zweitens: Alle Konzepte Guter Arbeit müssen heute aus der Perspektive einer nachhaltigen Arbeitsökologie formuliert werden. Ohne dies ist Gute Arbeit weder denk-, noch machbar. Dabei hat sie sich auf einen erweiterten Ökologiebegriff zu stützen. Nicht zu vergessen sind dabei die Gebrauchswertseite der Produkte und die Nachhaltigkeitsanforderungen der Verfahren. Das hat Konsequenzen. Eine zeitgemäße Arbeitsökologie hat Arbeit, Natur und Gesellschaft zugleich im Blick. Sie schützt die Arbeitskraft im Arbeitsprozess und gewährleistet ihre vollständige Regeneration und Weiterentwicklung; sie hält Ressourcen- und Energieverbrauch sowie Emissionen und Belastung der Senken in Übereinstimmung mit den Regenerationsbedürfnissen

der Natur; und sie begrenzt gesellschaftliche Spaltungen und fördert soziale Kohäsion. Sie zielt darauf, den menschlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsanforderungen zu genügen.

Drittens: Gute Arbeit wird ohne eine neue Qualität von Demokratie im Betrieb, aber eben auch in der Wirtschaft, nicht zu haben sein. Weitreichende Ansprüche an die demokratische Qualität der Arbeit müssen sich im Betrieb bewähren. Sie erfordern mehr als etwas mehr Mitbestimmung. Sie muss die Belegschaften als Demos des Betriebes und damit als den eigentlichen Akteur demokratischer Prozesse adressieren. Dem Wortsinne nach muss Demokratie im Betrieb heißen: „Herrschaft“ der Belegschaft. Das erfordert demokratische Ermächtigung der Beschäftigten. Welche Schlussfolgerungen daraus mit Blick auf die kapitalistische Eigentumsordnung und ihre Verfügungsrechte zu ziehen wären, sollte Gegenstand einer erweiterten Debatte um die Perspektiven Guter Arbeit werden. Doch eines ist absehbar. Für reale Demokratie in der Arbeitswelt sind die Arenen des Betriebes zu eng. Sie muss zur Wirtschaftsdemokratie erweitert werden. Dass demokratische Selbstbestimmung, die auf die Räume des Betriebs oder Unternehmens begrenzt ist, schnell an Grenzen stößt, wird spätestens dann unabweisbar, „wenn gesellschaftliche Imperative in



Ob Smileys allein bereits „Gute Arbeit“ sicherstellen können, darf bezweifelt werden.

Foto: Adobe Stock / xyz

Konflikt mit Standortlogik und Arbeitsplatzinteressen geraten" (Hensche 2018: 1076). Ohne eine flankierende Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich Konflikte dieser Art kaum lösen. Und ohne die Ermächtigung der (Mehrheit in der) Gesellschaft auch nicht. Nicht die Zwänge des Marktes, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen von Politik und Gesellschaft müssen Entwicklungsrichtung und -rhythmus bestimmen.

4.2 ... und die Bedingungen ihrer Realisierung

Die Realisierung des hier skizzierten Projektes wäre eine historische Herkulesaufgabe, für alle, die sich daran beteiligten – auch für Gewerkschaften. Eine solche Aufgabe könnte sie schnell überfordern. In Deutschland wie in Europa befinden sich die Gewerkschaften in „schwerer See“ (Lehndorff/Dribbusch/Schulten 2018 sowie etwa Hyman 2018). Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, soziale Ungleichheit, rückläufige Lohnquoten und nicht zuletzt schwindende Organisationsmacht sind Indikatoren der Defensive. Zweifelsohne sind die institutionellen Regeln der Arbeitnehmer*innen-Beteiligung sehr unterschiedlich. Aber überall sehen sich die Systeme der Mitbestimmung angesichts des Machtzuwachses aufseiten der Unternehmen durch Europäisierung und Transnationalisierung mit Defiziten und neuen Anforderungen konfrontiert (Hassel/von Verschuer 2019). Eine Begegnung zwischen Kapital und Arbeit auf Augenhöhe gewährleisten sie weniger denn je.

Die Not ist groß, dennoch haben wirtschaftsdemokratische Überlegungen bisher kaum Eingang in gewerkschaftliche Strategiedebatten gefunden, weder in Deutschland noch in anderen EU-Mitgliedstaaten. Forderungen nach mehr Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen enden meist an den kapitalistischen Eigentumsstrukturen.

Offenbar gilt für große Teile der EU, was für die deutsche Sozialgeschichte sichtbar wird: Die Reduktion der Wirtschaftsdemokratie auf die geltende gesetzliche Mitbestimmung sitzt tief.

Gegenüber den Vorgaben der (globalen) Märkte bleiben sie erstaunlich kleinmütig. Dabei stößt die Beschränkung der mitbestimmungspolitischen Ambitionen auf das Terrain, das kapitalistische Eigentumsstrukturen und die Marktzwänge zugehen, immer offensichtlicher an Grenzen. Offenbar gilt für große Teile der EU, was für die deutsche Sozialgeschichte sichtbar wird: Die „Reduktion der Wirtschaftsdemokratie auf die geltende gesetzliche M. (Mitbestimmung, d.Verf.) sitzt tief“ (Hensche 2018: 1064). Das ist mehr als misslich. Zweifelsoh-

ne bleiben die Gewerkschaften trotz des Verlustes an Machtressourcen, den sie im Übergang zum globalen Finanzmarktkapitalismus hinnehmen mussten, unverzichtbare Akteure, soll sich der Strukturwandel nicht ausschließlich profit- und marktgesteuert vollziehen. Positive historische Erfahrungen, aus denen sich beim Versuch einer demokratischen Transformation der Ökonomie lernen ließe, stehen kaum zur Verfügung. Der Krisenkorporatismus zwischen Arbeit, Kapital und Staat, der sich während der Krise des Finanzmarktkapitalismus der Jahre 2008ff. im Kernbereich der industriellen Wertschöpfung herausbildete, dürfte kaum eine geeignete Blaupause

darstellen. Dabei hat sich etwa die Mitbestimmung auf Unternehmensebene in der Krise durchaus bewährt. Empirische Studien belegen, dass sie als Vorteil bei der Bewältigung der Krisenschocks und der Erholung nach der Krise wirkte. In mitbestimmten Unternehmen wurden Entscheidungen mit Blick auf Beschäftigung, Investitionen und Finanzierung mit einer stärkeren Orientierung an langfristigen Strategien getroffen.⁶ Dennoch: Ein Transformationsprojekt, das an die Grundfesten kapitalistischer Verhältnisse rührt, ist kaum korporatismuskompatibel; schon, weil die Interessenüberlappungen zwischen Gewerkschaften, Kapital und Staat in dieser Frage denkbar gering sind. In Fragen der Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen und der Ausweitung der Arbeitsmacht auf Produktions- und Produktentscheidungen sind Kapital-Arbeit-Koalitionen unwahrscheinlich. Hier geht es um eigentumsgebundene Verfügungsrechte und damit um den Kern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Grenzen der Sozialpartnerschaft sind evident. Ein neuer sozialpartnerschaftlicher Transformations-Korporatismus, der faire Interessenausgleiche oder gar die Veränderung der Spielregeln ermöglicht, ist unwahrscheinlich.

Doch auch als Element einer klassenautonomen Gewerkschaftspolitik sind die Erfolgsaussichten für die Wirtschaftsdemokratie nicht rosig. Weder besitzt das Thema hohe Mobilisierungskraft an der Mitgliederbasis, noch haben die sozialen und ökologischen Folgeschäden des Kapitalismus bisher zu einer breiten Widerstandsbewegung geführt. Schlagkräftige transformative Allianzen setzen Bündnisse voraus, die über ein hinreichendes Maß an gemeinsamen Interessenlagen, Strategiepräferenzen und Konfliktbereitschaft unter den Akteuren verfügen. Der Blick auf die Proteste gegen die EU-Krisenpolitik etwa lässt eher ein Bild fragmentierter Aktivitäten sichtbar werden, die stark in nationale Kontexte und mitunter gar in rechtspopulistische Bewegungen eingebunden bleiben.

Und doch kann auf weitere Versuche zum Aufbau transnationaler Transformationsallianzen nicht verzichtet werden. Wenn das Ensemble ökonomischer Akteure um Vertreter*innen der Gesellschaft, etwa in Form von Kommunal- und Regionalräten, erweitert werden soll, und wenn der Transnationalisierung der Wertschöpfung Rechnung getragen werden soll, muss dies auch Konsequenzen für die soziale Zusammensetzung des Subjekts der Veränderung haben. Das macht die Sache nicht einfacher. Je heterogener die Allianz, desto höher die Anforderungen an die Kooperationskultur. Und je breiter das Akteursspektrum, umso wahrscheinlicher sind Interessenkollisionen. Doch nicht nur das. Eine Politik der Demokratisierung von Ökonomie und Gesellschaft entfaltet auch Anforderungen an die Binnenkultur der Allianzakteure. Das gilt für alle, auch für die Gewerkschaften (Gumbrell-McCormick/Hyman 2019). Die Selbstdefinition als Treiber einer demokratischen Transformation setzt somit die Wiederentdeckung der Demokratie als gewerkschaftliches Projekt voraus. Dabei ließe sich an Strategiedebatten vergangener Umbruchperioden anknüpfen. Der Anspruch, Gewerkschaftspolitik als umfassende Demokratiepoltik auszubuchstabieren, gehört zum Traditionsbestand der Gewerkschaften (Urban 2006). Doch diese Tradition ist heute weitgehend verschüttet. Sie sollte freigelegt werden.

Eine solche Freilegung wird auf historische Praxiserfahrungen, aber auch auf die Expertise aus einer kritischen Wissenschaft angewiesen sein. Dabei werden Projekte dieser Art nicht ohne ein gerütteltes Maß an Unsicherheit und Zukunftsoffenheit zu haben sein. Vorhandene Wissenslücken gilt es zu schließen. Hier böte sich eine neue Kooperation zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft an. Die in Gang gekommene Debatte um eine „öffentliche Soziologie“ („public sociology“), in der nach Wegen der Rückholung der Sozialwissenschaften in die Gesellschaft gefahndet wird, bildet einen vielversprechenden Anknüpfungspunkt (Burawoy 2015). Gefragt sind empirische Studien, um die quantitativen und qualitativen Veränderungen der Arbeit im Transformationsprozess zu eruieren und Vermutungen durch evidenzbasiertes Wissen zu ersetzen. Gefragt ist auch die Auswertung und Aktivierung des Erfahrungswissens von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die in der betrieblichen Praxis mit Transformationsprozessen konfrontiert sind. Gemeinsam stehen Betriebsräte, Gewerkschaften und auch eine kritische Wissenschaft vor der Aufgabe, an hinreichender Durchsetzungsmacht zu arbeiten (Urban 2015).

4.3 Der historische Auftrag

Ein wirkungsmächtiger Beitrag zu einer ökologisch-sozialen Transformation ist für die IG Metall mehr als eine neue Tagesaufgabe. Er ist ein historischer Auftrag. Sollte sich der nicht mehr zu umgehende Veränderungsprozess in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nach den Regeln privater Profite und globaler Marktzwänge richten, wird er scheitern. Eine solche Transformation kann weder eine sozial noch eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Unverzichtbar ist gesellschaftliche Gegenmacht, sind soziale und politische Gegenkräfte, die den Kampf um den Pfad der Transformation aufnehmen. Ihre wichtigste Aufgabe besteht wohl darin, die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Gesellschaft und der Natur gegenüber der kapitalistischen Logik zur Geltung zu bringen.

Gleichwohl: Konkurrenzgetriebene Märkte und aggressive Profitproduktion werden sich auf absehbare Zeit nicht aus der Welt schaffen lassen. Jedenfalls nicht in der Geschwindigkeit, mit der auf die sozialen und ökologischen Krisen reagiert werden muss. Aber sie müssen zivilisiert, reguliert und relativiert werden. So können Freiräume für eine wirklich soziale und ökologische Transformation geschaffen werden. Projekte wie eine „Ökologie der Arbeit“ und die „Demokratisierung der Wirtschaft“ sind wichtige Wegweiser auf diesem Pfad. Sind diese Etappenziele erreicht, wird über weitergehende Perspektiven eines grundlegend anderen Modells von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nachzudenken sein (Dörre/Schickert 2019).

Die Zivilisierung und Regulierung der kapitalistischen Markt- und Profitlogik gehört zum Kerngeschäft von Gewerkschaften. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe waren sie historisch durchaus erfolgreich. Den kapitalistischen Gesellschaften des „globalen Nordens“ konnte mehr an sozialem und demokratischem Fortschritt abgerungen werden, als die Gründungs-Väter und -Mütter es sich

vorgestellt hatten. Dabei hat sich das Gesicht des Kapitalismus vielfach verändert. Doch diese Fortschritte waren mitunter exklusiv und nicht ohne Kosten zu haben. Frauen sowie Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen blieben vielfach in patriarchalen Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben diskriminiert oder aus Kernfeldern der Arbeitswelt und Gesellschaft ausgegrenzt. Und die Regeln kapitalistischer Produktion und Konsumtion gingen vielfach zulasten des „globalen Südens“ und der Natur. Vor allem aber waren dem Kapitalismus abgekämpfte Errungenschaften nie sicher. In jeder ökonomischen Krise mussten sie verteidigt oder anschließend neu durchgesetzt werden. Wenn die Kraft dazu nicht reichte, war es schnell um die zivilisatorischen Fortschritte geschehen. Heute stehen mehr als einige soziale Errungenschaften auf dem Spiel. Soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung gefährden nicht nur den Sozialstaat, sondern auch die Demokratie und die Gesellschaft insgesamt. Daher die historische Notwendigkeit zu einer ökologisch-sozialen Transformation.

Der Blick in andere Regionen der Welt lässt auch Ermutigendes sichtbar werden. Ausgerechnet in den USA, dem Land mit dem höchsten Ressourcenverbrauch und den meisten Emissionen, formiert sich eine zivilgesellschaftliche Initiative für einen „New Green Deal“, der transnationale Ausstrahlungskraft besitzt. Sie wird getragen von gesellschaftlichen Basisbewegungen, Intellektuellen und führenden Repräsentanten der politischen Linken (Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez u.a.).⁷ Ihre Initiative zielt auf einen grundlegenden Umbau der amerikanischen Wirtschaft, um sie auf einen Entwicklungspfad der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu bringen. In zehn Jahren, so der Plan, soll die Wirtschaft auf eine CO₂-neutrale Produktion umgestellt werden, um einen wirksamen Beitrag gegen den Klimawandel zu realisieren. Den Beschäftigten der ökologisch prekären Branchen (Energiesektor, Automobilindustrie usw.) soll eine sichere Perspektive garantiert werden. Der mittlerweile vorgelegte und in den amerikanischen Kongress eingebrachte Plan sieht Eckpunkte des Konzeptes vor.⁸ In die gleiche Richtung weist der Appell „A New Multilateralism for Shared Prosperity. Geneva Principles for a Global Green New Deal“,⁹ der im Umfeld der UNCTAD („Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung“) formuliert wurde (Gallagher/Kozul-Wright 2019). Die Politik des Neoliberalismus habe eine Hyperglobalisierung in Gang gesetzt. Diese, so die Argumentation, habe das alte globale System eines gemanagten Kapitalismus zerstört und zu einer Dominanz globaler Banken und Unternehmen, einer polarisierten Einkommensentwicklung zwischen Armen und Reichen sowie einem eklatanten Umweltverbrauch der globalen Eliten geführt. Die Folge seien instabile Finanzsysteme, grassierende soziale Ungleichheit und die Klimakrise. Ein

Ausgerechnet in den USA, dem Land mit dem höchsten Ressourcenverbrauch und den meisten Emissionen, formiert sich eine zivilgesellschaftliche Initiative für einen „New Green Deal“, der transnationale Ausstrahlungskraft besitzt.

„Neuer Multilateralismus“ sollte auf einer Agenda aufbauen, die die Regeln der globalen Ökonomie wieder an den Zielen einer koordinierten Stabilität, einer gemeinsamen Prosperität und einer nachhaltigen Umwelt ausrichtet, während sie bewusst Räume für eine souveräne Politik der Nationalstaaten respektiert. Formuliert wird eine marktkritische, globale Anti-Austeritäts-Agenda, der die Ausweitung öffentlicher Investitionen für eine nachhaltige und inklusive Wirtschaft im Rahmen eines neuen Mix aus Fiskal- und Geldpolitik vorsieht. Zwei Aspekte sind besonders bemerkenswert. Zum einen die Verschränkung der sozialen und der ökologischen Probleme. Sie stellt die zentrale Achse der Analyse wie der Politikempfehlungen dar. Festgehalten wird, dass 64 Prozent der globalen Emissionen durch individuellen Konsum verursacht werden; und „dass die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung für die Hälfte dieser Emissionen verantwortlich sind und die ärmste Hälfte – die am stärksten durch den Klimawandel gefährdet ist – nur für 10 Prozent der durch individuellen Konsum oder ‚Lifestyle‘ hervorgerufenen Emissionen verantwortlich ist“ (ebd.: 23).

Zweitens: Obwohl es sich um eine transnationale Agenda handelt und der neue Multilateralismus einen globalen Deal anvisiert, wird den Nationalstaaten ein Spielraum („policy space“) für eine differenzierte Umsetzung der Maßnahmen entlang des ökonomischen Entwicklungsstandes offengehalten. „Staaten benötigen größere Spielräume, um die proaktive öffentliche und Haushaltspolitik durchführen zu können, durch welche Investitionen gefördert und der Lebensstandard erhöht wird. Dies muss durch regulatorische und auf Umverteilung gerichtete Strategien begleitet werden, um die dreifache Herausforderung großer sozialer Ungleichheit, demographischen Drucks und Umweltproblemen bewältigen zu können.“ (Ebd.: 25)

Als Essentials der Agenda werden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Öffentliche Ausgaben, um die technische und soziale Infrastruktur sowie die Beschäftigung zu fördern;
- signifikant ausgeweitete öffentliche Investitionen in saubere Transport- und Energiesysteme, um einen CO₂-armen Wachstumspfad zu fördern, die Transformation der Lebensmittelproduktion auf eine wachsende globale Bevölkerung einzustellen und den Problemen der Verschmutzung und Zerstörung der Natur zu begegnen;
- eine grüne Industriepolitik, die über eine Mischung aus Subventionen, Steueranreizen, Kapitalbeteiligungen, Krediten und Garantien sowie über konzentrierte Forschungsinvestitionen und Technologieförderung sowie neue Formen des geistigen Eigentums und Lizenzregeln aktive Unterstützung leistet;
- eine Lohnentwicklung entlang der Produktivitätssteigerungen als Schlüssel einer fairen Gesellschaft, die vor allem durch das Recht der Lohnabhängigen auf gewerkschaftliche Organisation realisiert werden soll;

- die Gewährung sozialen Schutzes (insbesondere vor prekärer Arbeit) durch Gesetze und eine aktive Arbeitsmarktpolitik;
- mehr progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen, Unternehmensgewinne sowie Miet- und Pachteinkommen, um privater Einkommensungleichheit zu begegnen;
- und schließlich die Regulierung der privaten Finanzströme, um diese in die Realisierung der vorgegebenen Ziele zu lenken (ebd.: 26).

Diese Agenda für einen neuen Multilateralismus mag in Teilen zu stark in einer wachstums- und technikorientierten Philosophie verharren und die Möglichkeiten staatlicher Ausgaben- und Investitionspolitik in einer globalen vernetzten Ökonomie überschätzen. Doch ihre radikale Kritik am globalen Neoliberalismus (und damit zumindest indirekt an Weltbank und Internationalem Währungsfonds) markiert einen radikalen Bruch mit der globalen Politik der Austerität und der Strukturreformen. Zugleich eröffnet das präsentierte Verständnis eines Ineinandergreifens von globaler Regulierung und staatlicher Politik Ansatzpunkte für die Akteure, die bisher vor allem in den nationalstaatlichen Arenen aktiv sind. Das ist gut so, denn auch in anderen Ländern entwickeln sich gesellschaftliche Bewegungen für eine ökologisch-soziale Transformation. Die Gewerkschaften sollten ihren Beitrag dazu in der Tradition der historischen Kämpfe gegen die destruktiven Folgen der kapitalistischen Spielregeln verstehen. Denn eines scheint evident: Solange sich die Gesellschaft eine kapitalistische Ökonomie leistet, die sich durch ihre Akkumulations- und Profitzwänge als dominant erweist, werden ein nachhaltiges gesellschaftliches Naturverhältnis und Demokratie in allen Lebensbereichen Utopie bleiben. Auf jeden Fall bedarf eine öko-soziale und wirtschaftsdemokratische Transformation des Status quo eines Strategieplans, neudeutsch: eines Transformations-Narrativs (Urban 2019a). Dieses müsste Ideen über Ziele, Strategien und Subjekte der Veränderung integrieren. Ein solches Narrativ muss in einem kollektiven Diskurs- und Lernprozess erarbeitet werden, an dem sich unterschiedliche Akteure zu beteiligen hätten. Wenn es gut geht, könnte aus diesen Diskursen ein heterogenes, gleichwohl handlungsfähiges Subjekt hervorgehen. Ein solcher Akteur kann als „Mosaik-Linke“ charakterisiert werden. Gewerkschaften wären in dieser Linken unverzichtbar, als konzeptionelle Ideengeber*innen ebenso wie als politische Treiber*innen. Eine solche Mosaik-Linke ist bisher eher Perspektive als Realität.¹⁰ Mit Blick auf die Erfordernisse einer öko-sozialen Transformation ist sie eine historische Notwendigkeit..

Denn eines scheint evident: Solange sich die Gesellschaft eine kapitalistische Ökonomie leistet, die sich durch ihre Akkumulations- und Profitzwänge als dominant erweist, werden ein nachhaltiges gesellschaftliches Naturverhältnis und Demokratie in allen Lebensbereichen Utopie bleiben.

5. Literatur (Auswahl)**

** Nachfolgend aufgeführt sind nur die Bücher, Schriften und Texte, auf die im abgedruckten Kapitel hingewiesen wird.

Anderson, Elizabeth (2019): Private Regierungen. Wie die Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin.

Bispinck, Reinhard/Schulten, Thorsten/Raane, Peeter (Hrsg.) (2008): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg.

Burawoy, Michael (2015): Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Markt-fundamentalismus und soziale Ungleichheit, Weinheim/Basel.

Dörre, Klaus (2018): Neo-Sozialismus, oder acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6, S. 105-115.

Dörre, Klaus/Schickert, Christine (2019) (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.

Gallagher, Kevin P./Kozul-Wright, Richard (2019): A New Multilateralism Geneva Principles for a Global Green New Deal; www.bu.edu/gdp/files/2019/04/A-New-Multilateralism-GDPC_UNCTAD.pdf; Zugriff: 10.7.2019.

Gorz, André (1967): Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt a.M.

Gumbrell-McCormick, Rebecca/Hyman, Richard (2019): Democracy in trade unions, democracy through trade unions?, in: Economic and Industrial Democracy Vol. 40(1), S. 91-110.

Hassel, Anke/von Verschuer, Sophia (2019): Ein europäischer Rechtsrahmen für Arbeitnehmerbeteiligung in transnationalen Unternehmen, in: WSI-Mitteilungen, H. 2, S. 96-105.

Hensche, Detlef (2018): Mitbestimmung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 9/1, Hamburg, S. 1052-1079.

Honneth, Axel (2011): Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin.

Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin.

Hyman, Richard (2015): The very idea of democracy at work, in: Transfer. European Review of Labour and Research, H. 1, S. 11-24.

Hyman, Richard (2018): What future for industrial relations in Europe?, in: Employee Relations, H. 40, S. 569-579.

Lehndorff, Steffen/Dribbusch, Heiner/Schulten, Thorsten (2018): In schwerer See. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten, IAQ-Forschung 05.

Marx, Karl (1972): Das Kapital. Band I. Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23, Berlin.

Meine, Hartmut/Schumann, Michael/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg

Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2019): Digitale Kontrolle und Vermarktlichung. Beschäftigtenautonome im Kontext betrieblicher Strategien der Digitalisierung, in: PROKLA, H. 2, S. 181-200.

Naphtali, Fritz (1928/1977): Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt a.M.

Sauer, Dieter (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg.

Schulmeister, Stephan (2013): Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei »Spielanordnungen« und zwei Phasen des »langen Zyklus«, in: Kromphardt (Hrsg.), S. 115-161.

Urban, Hans-Jürgen (2006): Gewerkschaftspolitik als Demokratiep Politik. Der Beitrag der Abendroth'schen Gewerkschaftskonzeption zu einer – leider (!) – nicht stattfindenden Debatte, in: Urban/Buckmiller/Deppe (Hrsg.), S. 80-98.

Urban, Hans-Jürgen (2011): Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts. Konturen und Realisierungsbedingungen eines gesellschaftlichen Transformationsprojektes, in: Meine/Schumann/Urban (Hrsg.), S. 42-67.

Urban, Hans-Jürgen (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg.

Urban, Hans-Jürgen (2015): Soziologie, Öffentlichkeit und Gewerkschaften. Versuch eines vorausschauenden Nachworts zu Michael Burawoys Public Sociology, in: Burawoy, S. 221-242.

Urban, Hans-Jürgen (2019a): Die demokratiepolitische Bringschuld, in: WSI Mitteilungen, H. 3, S. 235-237.

Wright, Erik O. (2017): Reale Utopie. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.

Wright, Erik O. (2019): Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert. Was es bedeutet, demokratischer Sozialist zu sein, Hamburg.

Anmerkungen

- 1) www.faz.net/aktuell/finanzen/fonds-mehr/schattenbanken-verwalten-34-billionen-dollar-15009432.html; Zugriff am 16.10.2017.
- 2) <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/378216/umfrage/globale-vermoegenswerte-der-schattenbanken/>; Zugriff am 16.10.2017.
- 3) <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/37167/umfrage/verwaltes-vermoegen-in-hedgefonds-weltweit-seit-2000/>; Zugriff am 16.10.2017.
- 4) Daher das Plädoyer für eine Soziologie der Wirtschaftsdemokratie in Urban 2018a.
- 5) In eine ähnliche Richtung gehen wohl auch die Überlegungen von Wolfgang Streeck zu »öffentlichen fundamental-ökonomischen Infrastrukturen«. Sie lohnen sich, so Streeck, »indem sie die Gesellschaft als Gesellschaft gleicher Bürger zusammenbringen, zum Zwecke gesteigerter einzelwirtschaftlicher Produktivität ebenso wie als humaner Selbstzweck. Dazu bedarf es langfristiger Investitionen mit niedrigen Renditen, die jedoch durch ein geringes Risiko aufgewogen werden – und natürlich durch ihren allgemeinen, der Gesellschaft frei zur Verfügung gestellten Wert.« (Streeck 2019: 94) Dass die Infrastrukturen, die sich auch nach kapitalistischen Regeln profitabel betreiben ließen, vor der stets drohenden »kapitalistischen Landnahme« geschützt werden müssen, sieht auch Streeck (ebd. 94ff.).
- 6) »Die Ergebnisse der Analyse der Unternehmensperformance zeigen ein relativ eindeutiges Bild: Mitbestimmte Unternehmen zeigen sich nicht nur robuster während der Finanz- und Wirtschaftskrise, sie erholen sich auch schneller von deren Auswirkungen. Dies trifft sowohl auf die Kapitalmarkt- als auch auf die operative Performance zu.« (Rapp/Wolff 2019: 8f.)
- 7) Vgl. dazu den Wikipedia-Artikel »Green New Deal«; https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Green_New_Deal&ol-did=190148519; Zugriff 15.7.2019.
- 8) www.congress.gov/bill/116th-congress/house-resolution/109/text; Zitate aus dem Dokument: eigene Übersetzung; Zugriff 15.7.2019.
- 9) Neuer Multilateralismus für eine gemeinsame Prosperität. Genuesische Prinzipien für einen Neuen Global Green Deal«; eigene Übersetzung.
- 10) Zu den möglichen Konturen einer solchen Mosaik-Linken siehe den Beitrag von Urban, zur kritischen Diskussion die Beiträge von Schneider, Dörre, Röttger, Aulenbacher, Rätzel, Rehmann, Jehlen sowie Gebhardt in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 331, S. 17-106.



Foto: Adobe Stock / jorjiflorio

Um die Erde und die Menschheit zu retten, könnte eine öko-soziale Umgestaltung des jetzigen Wirtschaftssystems unumgänglich sein.

Nachhaltige Strategie muss qualitativ hochwertige Beschäftigung sichern

Von Jonas Boos

Die saarländische Wirtschaft ist gekennzeichnet von einem tiefgreifenden sektoralen Strukturwandel. Lange Zeit wurde die wirtschaftliche Entwicklung von der Montanindustrie (Kohle, Stahl) geprägt. Schon vor dem Ende der Bergbau-Ära begann sich aber die Branchenstruktur zu verschieben. Neben der noch immer gewichtigen Stahlbranche hat mittlerweile die Automobil- und Automobilzulieferindustrie enorm an Bedeutung gewonnen. Parallel dazu haben aufstrebende Wirtschaftszweige neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen: Wesentliche Treiber dieser Erneuerungen sind zukunftsweisende Industriebranchen (Maschinenbau, Elektrotechnik) und bestimmte Dienstleistungsbereiche (z.B. das Pflege- und Gesundheitswesen sowie die IT-Branche).



Jonas Boos ist stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik der AK Saar.

1. Einleitung

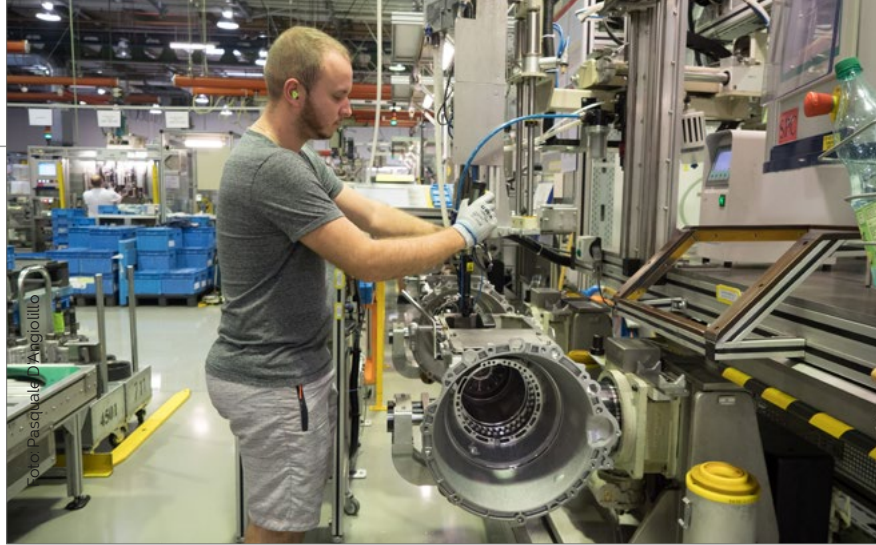
Nach der Erstauflage aus dem Jahr 2015 und der Aktualisierung im Jahr 2017 erschien die „Analyse der Branchenstruktur im Saarland“ im Oktober 2019 bereits in einer dritten Ausgabe.¹ Wie in den ersten beiden Ausgaben gezeigt wurde, ist die Branchenstruktur einer Region prägend für die gesamte dort ansässige Gesellschaft. Dies gilt nach wie vor. Die saarländische Wirtschaft ist gekennzeichnet von einem tiefgreifenden sektoralen Strukturwandel: Lange Zeit wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland von der Montanindustrie (Kohle und Stahl) geprägt. Schon vor dem Ende der Bergbau-Ära im Saarland begann sich die Branchenstruktur

Gliederung:

1. Einleitung
2. Zielsetzungen und Fragestellung
3. Ergebnisse
4. Ausblick

zu verschieben: Neben der noch immer gewichtigen Stahlbranche hat mittlerweile die Automobil- und Automobilzulieferindustrie enorm an Bedeutung gewonnen. Parallel dazu haben aufstrebende Wirtschaftszweige neue Beschäftigungsmöglichkei-

Im Saarland gilt es, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu sichern – zum Beispiel in der Industrie.



ten geschaffen: Wesentliche Treiber dieser Erneuerungen sind zukunftsweisende Industriebranchen (z.B. Maschinenbau, Elektrotechnik) und bestimmte Dienstleistungsbereiche (z.B. das Pflege- und Gesundheitswesen sowie die IT-Branche). Der industrielle Kern stellt aber nach wie vor die tragende Säule der saarländischen Wirtschaft dar, auf welcher auch viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich aufbauen.

Das Saarland befindet sich vor allem aufgrund technologischer Entwicklungen in einer entscheidenden Phase, in der wichtige Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes gestellt werden. In weiten Bereichen der Industrie – aber auch in vielen Dienstleistungsbereichen – sind große Herausforderungen zu erwarten. Daher ist die Definition einer nachhaltigen Strategie für Wirtschafts- und Industriepolitik, die den Unternehmensbestand im Saarland sowohl stabilisiert als auch ausbaut und so qualitativ hochwertige Beschäftigung sichert und schafft, aus Sicht der Arbeitskammer das zentrale Handlungs- und Politikfeld für die Entwicklung des Saarlandes. Eine solche Strategie sollte insbesondere die Rolle der saarländischen Schlüsselindustrien berücksichtigen und deren Verbindungen zu jüngeren Zweigen sowie das Forschungs- und Bildungswesen stärken. Dabei müssen Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen durchgängig und dauerhaft eingebunden werden.

2. Zielsetzungen und Fragestellung

Im Fokus der Analyse stehen die Entwicklungen der einzelnen Branchen im Hinblick auf Arbeits- und Beschäftigungsmerkmale. Zentral für die Arbeitskammer ist dabei die Sicherstellung von Beschäftigung in der Gegenwart und Generierung von Beschäftigung und „Guter Arbeit“ in der Zukunft. Maßgeblich beeinflusst wird dies von prägenden Branchentreibern und der Stellung der jeweiligen Branche im regionalen, nationalen und globalen Wettbewerb sowie der Substituierbarkeit der erstellten Produkte und Dienstleistungen. Die Analyse soll einen Überblick über die wichtigsten Branchen im Saarland geben mit dem Ziel, eine Grundlage zu liefern, um

- Impulse für die strategische Bewertung der Planungen des Landes hinsichtlich der Wirtschaftsstrukturen zu geben,

- die Analyse von Branchenstrukturen und strategischer Zukunftsentwicklung ausgewählter Branchen (Thesenbildung) zu ermöglichen,
- Handlungsfelder für die Industriepolitik im Saarland aufzuzeigen.

Die Branchenstrukturanalyse soll zeigen, wo Schwerpunkte der saarländischen Wirtschaft liegen und welche Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken damit verbunden sind. Daraus leiten sich u.a. folgende Fragen ab:

- Wie verteilt sich die Wertschöpfung auf einzelne Branchen?
- Wie viele Beschäftigte gibt es in den unterschiedlichen Branchen? Wo liegen Beschäftigungsschwerpunkte in der saarländischen Wirtschaft?
- Wie ist die Qualität der Beschäftigung zu bewerten?
- Wie entwickeln sich Wertschöpfung und Beschäftigung in relevanten Branchen im Zeitablauf?
- Mit welchen Entwicklungen (gesellschaftlich, wirtschaftlich, technologisch) sehen sich die wichtigsten Branchen konfrontiert?

Vorgehensweise

Zur Beurteilung der Branchenentwicklung wurden drei Kriterien herangezogen:

- Wirtschaftsleistung
- Beschäftigung
- Verdienste

Für die größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wurden weitere Kennzahlen herangezogen. Außerdem sollen für die beschäftigungsstärksten Branchen über eine Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit genauere Aussagen zur Struktur/Qualität der Beschäftigung ermöglicht werden. Daneben wurde unter Rückgriff auf Presserecherchen und Literaturlauswertungen versucht, Hinweise darauf zugeben, wo Ursachen für die beschriebenen zahlenmäßigen Entwicklungen liegen könnten.

3. Ergebnisse

Die saarländische Wirtschaft ist geprägt von einem tiefgehenden Strukturwandel. Lange Zeit wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland von der Montanindustrie (Kohle und Stahl) gekennzeichnet. Schon vor dem Ende der Bergbau-Ära an der Saar begann sich die Branchenstruktur zu verschieben: Neben der noch immer gewichtigen Stahlbranche hat mittlerweile die Automobil- und Automobilzulieferindustrie enorm an Bedeutung gewonnen. Parallel dazu haben aufstrebende Wirtschaftszweige neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen: Wesentliche Treiber dieser Erneuerungen sind zukunftsweisende Industriebranchen (z.B. Maschinenbau, Elektrotechnik) und bestimmte Dienstleistungsbereiche (z.B. das Pflege- und Ge-

sundheitswesen sowie die IT-Branche). Die Industrie stellt nach wie vor die tragende Säule der Wirtschaft im Saarland dar – auch viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich bauen auf dieser auf. Die Bedeutung der Industrie ist im Saarland sowohl in Bezug auf die Wirtschaftsleistung als auch auf die Beschäftigung von größerer Bedeutung als in Westdeutschland. Auch verlief die Tertiarisierung im Saarland etwas weniger stark ausgeprägt als auf Bundesebene (West). Die Wirtschaft an der Saar ist nach wie vor stärker von der Industrie abhängig als viele andere westdeutsche Bundesländer.

Die differenzierte Betrachtung der Strukturveränderung zeigt, dass die Wertschöpfungstiefe in der Industrie im Zeitverlauf abgenommen hat: Es ist dabei davon auszugehen, dass viele der in der Statistik als „neu“ ausgewiesenen Dienstleistungsarbeitsplätze durch Ausgliederung von Tätigkeiten – insbesondere dienstleistungsnahe – aus produzierenden Branchen in Dienstleistungsbereiche „verlagert“ wurden (Outsourcing-Effekte), ohne dass Arbeitsplätze ab- bzw. aufgebaut wurden. Das heißt, ein beachtlicher Teil der (unternehmens-)dienstleistenden Beschäftigung ist in gewisser Hinsicht von der produzierenden Wirtschaft abhängig. In Folge der zunehmenden Verflechtung zwischen Industrie und Dienstleistungssektor hat sich die Beschäftigungsstruktur in der Produktion stark verändert: Statt einer Gesamtbelegschaft arbeiten nun unterschiedliche Teilbelegschaften (Stammbeschäftigte, Leiharbeiter, inländische und ausländische Zulieferunternehmen sowie unterschiedlichste Dienstleister) nebeneinander. Damit gehen eine Spaltung der Belegschaft und ein sinkender Einflussbereich der erprobten industriellen Mitbestimmungsakteure einher. Um die Veränderungen sozialverträglich und im Sinne der Beschäftigten zu gestalten, ist eine starke, auf die neuen Herausforderungen ausgerichtete und durchsetzungsfähige Mitbestimmung nötig.

Industrieabhängigkeit des Saarlandes

Mit der Abhängigkeit von der Industrie sind Risiken verbunden: Da die Industrie zu einem Großteil vom Export getragen wird, leidet die Branche unter globalen Krisen in besonderem Maße. So war das Saarland infolge seiner Industrieabhängigkeit wesentlich stärker von der Banken- und Finanzkrise mit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 betroffen als das Frühere Bundesgebiet. Auch leidet die saarländische Wirtschaft stärker unter Krisen der Europäischen Währungsunion als andere Bundesländer, da die saarländische Industrie sehr exportorientiert ist.

Von großer Bedeutung sind insbesondere die Branchen Fahrzeugbau, Maschinenbau und das Metallgewerbe (und dort insbesondere die Stahlindustrie), wobei die saarländische Stahlindustrie seit Jahren mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Diese Schlüsselbranchen sind eng miteinander verbunden, was wechselseitige Abhängigkeiten mit sich bringt. Dies kann einerseits als Stärke gesehen werden, andererseits kann sich gerade die Stärke dieser industriellen Basis in eine Schwäche umwandeln, sollten mehrere der großen Industriezweige an der Saar zugleich von einer Krisensituation betroffen sein und Arbeitskräfte entlassen.

Umsatz-, Beschäftigten- und Entgeltanteile der bedeutendsten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Saarland und im Bund im Jahr 2018 (in %)

	Umsatzanteil (2018)		Beschäftigtenanteil (svB zum 30.06.2018)		Entgeltanteil (2018)	
	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund
Kraftwagen und Kraftwagenteile	33,7	24,5	26,6	14,5	24,9	19,8
Metallgewerbe*	23,4	11,3	27,1	15,9	26,9	12,2
darunter Stahlbranche	13,0	2,0	10,8	1,5	12,7	1,3
Maschinenbau	20,4	14,1	15,4	16,0	24,5	19,7
Nahrungs- und Futtermittel	4,9	7,2	8,5	8,6	4,7	4,7
Gummi- und Kunststoffwaren	3,8	4,1	3,7	5,8	4,4	5,1
Elektroindustrie**	2,9	9,6	3,9	11,3	3,7	12,8
Anteil dieser Branchen am Verarb. Gewerbe	89,1	70,8	85,2	72,1	88,8	74,2

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.). Statistisches Amt Saarland, Statistisches Bundesamt; svB = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; *Metallgewerbe: Metallerzeugung und -bearbeitung + H. v. Metallerzeugnissen; **Elektroindustrie: H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen + H. v. elektrischer Ausrüstung

Wie sich die Schlüsselbranchen bzw. die beschäftigungsstarken Industrieunternehmen in den kommenden Jahren entwickeln werden, ist daher von enormer Tragweite für die zukünftige Entwicklung des gesamten Saarlandes. Die Entscheidungen über zukünftige Entwicklungen werden meistens in den Unternehmenszentralen beschlossen. Da sich im Saarland häufig lediglich die Produktionsstätten, nicht aber die Zentralen von industriellen Großkonzernen befinden, werden Entscheidungen, welche Einfluss auf die saarländische Gesamtentwicklung haben können, häufig außerhalb des Saarlandes getroffen. Dies könnte für das Saarland als Produktionsstandort insbesondere dann problematisch werden, wenn beispielsweise im Zuge zunehmender Internationalisierung entschieden wird, die Produktionsprozesse ins Ausland zu verlagern.

Herausforderungen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung

Insgesamt steht die saarländische Industrie vor einer Reihe von Herausforderungen: Die Digitalisierung bedroht dort insbesondere Fertigungsberufe – der Produktionsstandort Saar könnte davon stärker betroffen sein als andere Regionen. Die für das Saarland so bedeutsame Kfz-Industrie muss sich auf den Abschied vom kraftstoffgetriebenen Auto einstellen. Die Dieselkompetenz, die z.B. Bosch im Saarland erworben hat, ist durch das „Dieselgate“ stark entwertet. Der Saarstahl klagt über den internationalen Preisdruck und Belastungen durch die Kohlendioxid-Luftverschmutzungszertifikate. Das Saarland befindet vor allem aufgrund technologischer Entwicklungen in einer entscheidenden Phase, in der wichtige Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes gestellt werden. In weiten Bereichen der Industrie – aber auch in vielen Dienstleistungsbereichen – sind große Herausforderungen zu erwarten. Tiefgreifende Veränderungsprozesse durch neue Produkte und Produktionsprozesse, die mit veränderten Wertschöpfungsketten, veränderten Arbeitsbedingungen, neuen Formen von Arbeit und neuen Wettbewerbern einhergehen, sind im Gange.

So führt die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt zu gravierenden Veränderungen für die Beschäftigten. Der Prozess bietet Chancen und Risiken. In der Industrie sind weitere Automatisierung, Rationalisierung und Restrukturierung der industriellen Produktion zu befürchten. Hohe Risiken finden sich insbesondere in Fertigungsberufen und fertigungstechnischen Berufen. Nicht nur Helferberufe (keine oder nur eine Anlernausbildung erforderlich), sondern auch Fachkraftberufe mit abgeschlossener Berufsausbildung unterliegen einem hohen Substituierbarkeitspotenzial durch computergesteuerte Maschinen². Durch eine umfassende Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen schon vor der Etablierung neuer Technologien muss gewährleistet werden, dass Chancen genutzt und Risiken minimiert werden.

Bei der Debatte um das Thema Digitalisierung steht häufig der Produktionsbereich im Vordergrund. Doch der digitale Wandel betrifft auch und insbesondere den Dienstleistungssektor – denn gerade dort zeichnen sich bereits heute massive Veränderungen ab. Im Gegensatz zum „Zukunftsthema Industrie 4.0“ ist die Digitalisierung der Arbeit in Handel, Banken, Dienstleistungen und Verwaltung bereits weit fortgeschritten. „GPS-Flottenmanagement“ in voll digitalisierten Logistikzentren, „Workflow-Systeme“ in der Verwaltung oder „Kreditmanufakturen“ und „Online-Banking“ im Finanzdienstleistungssektor, „Selbstzahlerkassen“ und die elektronische Verwaltung sind die Gegenwart. Damit einhergehen Befürchtungen, dass angesichts der Digitalisierung die bisherigen Rationalisierungserfahrungen im Dienstleistungsbereich fortgesetzt werden. Eine besondere Rolle des digitalen Wandlungsprozesses in der Dienstleistung kommt der öffentlichen Verwaltung zu. Mit der im Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Saarlandes anvisierten Digitalisierung öffentlicher Verwaltungsangebote geht unweigerlich auch eine weitreichende Technisierung der Arbeitsabläufe der Dienststellenangehörigen einher. Durch die Bekundungen im Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Landesebene, wonach das Saarland zu einer digitalen Modellregion für die öffentliche Verwaltung gemacht werden sowie ein „digitaler Verwaltungsarbeitsplatz“ aufgebaut werden soll, werden die Dienststellen zusätzlich in den Fokus der Digitalisierung gerückt. Von zentraler Bedeutung ist, dass der technische Wandel kein Selbstzweck sein darf, sondern notwendigerweise vom Menschen aus gedacht werden muss.³

Grundsätzlich ist einer zunehmenden technologischen Vernetzung auszugehen. Sie ist sowohl Grundlage als auch Ergebnis der Verflechtung von Dienstleistung und Produktion und Ausdruck hybrider Produkte. So greifen Produktionsunternehmen zum Beispiel auch verstärkt auf externe Dienstleister zurück, da sie sich angesichts wachsender Digitalisierung gezwungen sehen, fehlende Kompetenzen einzukaufen. Dies betrifft vor allem unternehmensbezogene, wissensintensive Dienste u.a. von Ingenieurbüros oder aus der Forschung und Entwicklung. Insbesondere dürfte auch die IT-Wirtschaft von der zunehmenden Digitalisierung und dem Trend zum „Internet der Dinge“ weiter an Bedeutung gewinnen. Eine solche Vernetzung muss auf jeden Fall begleitet, moderiert und gesteuert werden, und zwar so weit wie möglich im

Vorfeld und nicht erst dann, wenn die Prozesse schon laufen und korrigiert werden müssen. Missbrauch bei der möglich werdenden Datensammlung muss von vorneherein vermieden werden. IT-Sicherheit ist somit ein wichtiges Zukunftsthema – auch das Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit (Cispa) setzt hier an. Die Forscher arbeiten unter anderem an der Abwehr von Cyber-Angriffen, an autonomen Systemen und funktionierendem Datenschutz. Daneben müssen die Arbeitnehmervertreter zentrale Aufgaben übernehmen: Sie können durch Tarifverhandlungen und Betriebsvereinbarungen die kommenden technologischen Veränderungen im Sinne der Arbeitnehmer mitgestalten und in ihren Auswirkungen eindämmen. Daneben sei darauf hingewiesen, dass insbesondere im IT-Bereich Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Ausgestaltung der Arbeitsplätze im Sinne Guter Arbeit sowie hinsichtlich des Ausbaus der Tarifbindung und der Mitbestimmung besteht.

Fahrzeugbau von großer Bedeutung im Saarland

Von enormer Bedeutung ist im Saarland insbesondere der Fahrzeugbau mit seinen Zuliefererbranchen. Der Großteil der saarländischen Automobilbeschäftigten stellt Kfz-Teile und -zubehör her, so dass die Automobilindustrie an der Saar in erster Linie eine Zuliefererindustrie darstellt. Kennzeichnend für die saarländische Automobilindustrie ist die große Bedeutung von Zweigwerken und Tochterunternehmen großer Konzerne. Hervorzuheben ist der Getriebehersteller ZF, der inzwischen der größte Arbeitgeber im Saarland ist (9.200 Beschäftigte). Ebenfalls sehr beschäftigungsstark sind die Ford Werke GmbH, die Robert Bosch GmbH und die Eberspächer GmbH & Co. KG. Die saarländische Kfz-Industrie steht vor einer Reihe von Herausforderungen. Zu nennen sind hier die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten infolge des Brexit und US-Präsident Trump, der mit Strafzöllen auf Importe europäischer Autos droht. Zudem ist die Dieselkompetenz, die z.B. Bosch im Saarland erworben hat, durch das „Dieselgate“ und mögliche Dieselfahrverbote nicht unerheblich entwertet. Hervorzuheben ist der Technologiewandel in Bezug auf die Antriebstechnik: Ein Großteil der Wertschöpfung in der Kfz-Industrie könnte wegfallen, wenn der Verbrennungsmotor zunehmend durch andere Antriebsformen ersetzt wird – insbesondere formgebenden Tätigkeiten könnten ersetzt werden. Voraussichtlich geht damit auch ein Bedeutungsverlust des gewichtigen Metallgewerbes einher. Rund 18.500 Arbeitsplätze stehen in Verbindung mit den durch die Elektrifizierung stark betroffenen Unternehmen im Saarland. Arbeitnehmervertretungen und Betriebsräte in der Kfz-Industrie müssen deswegen möglichst früh durch differenzierte Vorausplanung und zielgerichtetes Handeln an der zukünftigen Ausrichtung des Unternehmens mitwirken. Hierzu ist es notwendig, die bisherige Betriebs- und Wirtschaftsausschussarbeit entsprechend um strategische Themen zu erweitern.

Metallgewerbe: Saarländische Stahlindustrie verliert an Boden

Neben der Kfz-Industrie ist das Metallgewerbe eine tragende Säule der saarländischen Industrie. Im Vergleich zu Westdeutschland ist das Gewicht der Branche bemerkenswert hoch. Verantwortlich dafür ist die große Bedeutung der Stahlindustrie des Saarlandes. Die Automobilindustrie ist hier der größte Kunde, aber auch der

Maschinenbau, die Energietechnik, die Bauindustrie, die Großchemie und der Pipeline-Bau sind Abnehmer. Die saarländische Stahlindustrie wird in erster Linie durch die beiden Großunternehmen „AG der Dillinger Hüttenwerke“ sowie „Saarstahl AG“ geprägt. Die Stahlindustrie an der Saar befindet sich in den letzten Jahren allerdings in einer prekären Phase: Die Beschäftigung ist seit 2008 um beinahe 11%, der Umsatz sogar um knapp 20 % eingebrochen. Ähnlich wie der Fahrzeugbau ist auch das Metallgewerbe von einer zunehmenden Internationalisierung betroffen. Infolge dessen sieht sich die an der Saar so gewichtige Stahlbranche einer steigenden Anzahl an Wettbewerbern gegenübergestellt, und das bei einer geschwächten Nachfrage. Dadurch erwachsen Überkapazitäten, was die Stahlpreise stark unter Druck setzt. Europäische Hersteller leiden weiterhin unter Billigimporten vor allem aus Asien. Eine weitere – häufig von Unternehmerseite proklamierte – Problematik, die mit einer zunehmenden Anzahl an internationalen Wettbewerbern einhergeht, sind mögliche Standortnachteile in Deutschland bzw. dem Saarland infolge hoher Klima- und Umweltschutzvorgaben hierzulande (EEG-Umlage, Emissionsrechtehandel etc.). Andererseits bringt die Energiewende auch Aufträge für die Metall- bzw. Stahlindustrie bzw. kann diese durch die Entwicklung innovativer Produkte zur Erreichung von Klima- und Umweltschutzziele einen wichtigen Beitrag leisten, z.B. im Bereich von Windkraftanlagen, effizienten Kraftwerksturbinen oder leichterem Fahrzeugbau.

Wachsende Bedeutung des Maschinenbaus

Der Maschinenbau ist wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch von zunehmender Bedeutung für die saarländische Industrie. In seiner Stellung in der Wertschöpfungskette – insbesondere hinsichtlich der Entwicklung und Herstellung innovativer Produktionstechniken – kann er einen enormen Wettbewerbsvorteil für die von ihm belieferten Branchen bedeuten. Die Maschinenbaubranche stellt im Saarland in erster Linie eine „Zuliefererindustrie“ dar. Insbesondere die saarländische Automobilindustrie profitiert hiervon. Aber auch mit der Stahlindustrie, der Elektroindustrie sowie der Automatisierungs- und Fördertechnik existieren wechselseitige Verbindungen. Einzel- und Kleinserienanfertigungen überwiegen dabei in der Produktion, standardisierte Großserien sind eher die Ausnahme. Daraus erklärt sich auch die mittelständisch geprägte Struktur des Maschinenbaus mit einer großen Anzahl eher kleiner bis mittlerer Unternehmen. Trotz dieser mittelständischen Prägung sind einige größere Firmen bzw. Niederlassungen im Saarland angesiedelt. Beispielsweise zu nennen sind hier die „Festo AG & Co. KG“, die „INA Schaeffler-Gruppe“ sowie einige Geschäftsbereiche der „Hydac GmbH“. Der Maschinenbau im Saarland wird stark von den „Megatrends“ Klimawandel bzw. Energiewende, dem demografischen Wandel bzw. der Fachkräftesicherung sowie der Digitalisierung bzw. Industrie 4.0 beeinflusst. Bei den Veränderungsprozessen, die diese Trends mit sich bringen, darf nicht vergessen werden, dass im Mittelpunkt der Arbeit weiterhin der Mensch stehen muss. Diskutiert

Die Maschinenbaubranche stellt im Saarland in erster Linie eine „Zuliefererindustrie“ dar. Insbesondere die saarländische Automobilindustrie profitiert hiervon.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den bedeutendsten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Saarland und im Bund (West) 2018 (zum 30.06.)

	Beschäftigte		Anteil am Verarbeitenden Gewerbe		Veränderung 2017-2018		Veränderung 2008-2018	
	absolut		in %		in %		in %	
	Saar	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund	
Verarbeitendes Gewerbe	97.753	100	100	+0,9	+2,0	-0,9	+5,9	
Metallgewerbe*	26.515	27,1	15,9	-0,0	+2,6	-8,7	+0,3	
<i>darunter Stahlbranche</i>	10.525	10,8	1,5	+2,7	+0,7	-10,6	-19,9	
Kraftwagen und Kraftwagenteile	25.986	26,6	14,5	+0,7	+1,9	+10,8	+14,5	
Maschinenbau	15.052	15,4	16,0	+3,7	+3,0	+22,6	+10,1	
Nahrungs- und Futtermittel	8.288	8,5	8,6	+1,3	+1,4	+11,4	+12,5	
Elektroindustrie**	3.848	3,9	11,3	+1,1	+2,6	-6,1	+0,7	
Gummi- und Kunststoffwaren	3.621	3,7	5,8	-0,9	+2,6	-17,7	+11,3	
Glas, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	3.608	3,7	2,7	+2,8	+2,8	-12,5	-3,1	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.) - *Metallgewerbe: Metallherzeugung und -bearbeitung + H. v. Metallherzeugnissen - **Elektroindustrie: H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen + H. v. elektrischer Ausrüstung

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den bedeutendsten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Saarland 2018 nach Berufsabschluss (zum 30.06.), Anteil in %

	Keine Angabe	Ohne Berufsabschluss	Anerkannter Berufsabschluss	Akademischer Berufsabschluss
Insgesamt	8,6	11,5	67,8	12,1
Verarbeitendes Gewerbe	4,6	12,8	73,9	8,7
Metallgewerbe*	3,0	10,6	79,8	6,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	2,3	15,1	74,6	8,0
Maschinenbau	2,6	11,7	75,5	10,2
Nahrungs- und Futtermittel	16,6	14,7	64,2	4,4
Elektroindustrie**	7,0	6,1	64,4	22,5
Glas, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	3,8	19,9	60,8	15,6
Gummi- und Kunststoffwaren	8,4	22,7	62,2	6,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.) - *Metallgewerbe: Metallherzeugung und -bearbeitung + H. v. Metallherzeugnissen - **Elektroindustrie: H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen + H. v. elektrischer Ausrüstung

werden sollte deswegen, ob gerade in den kleineren Maschinenbau-Unternehmen die betriebliche Mitbestimmung ausreichend verankert ist. Auch muss klar sein, dass eine wesentliche Stärke des Maschinenbaus in dem Ausbildungsniveau der Beschäftigten liegt: Der überdurchschnittlich hohe Qualifikationsgrad der Beschäftigten ist ein entscheidender Faktor für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

Qualifikationsniveau in der saarländischen Industrie

Das Qualifikationsniveau der Beschäftigten im saarländischen Maschinenbau ist im Vergleich zur saarländischen Gesamtindustrie auffällig hoch (sowohl was den Anteil der Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss als auch den Akademikeranteil angeht). Ein wichtiger Faktor ist dabei die Partizipation und Integration des Wissens der Beschäftigten, was über eine entsprechende Unternehmenskultur er-

reicht werden kann. Im Vergleich zu Westdeutschland bestätigt sich durch einen dort wesentlich höheren Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten allerdings wieder die These des Saarlandes als „verlängerte Werkbank“, welche durch den insgesamt unterdurchschnittlichen Akademikeranteil im Saarland – und dort insbesondere in der stark gewichtigen Industrie – entsteht. Innerhalb der saarländischen Industrie variieren die Anteile an hochqualifizierten Beschäftigten stark.

Verdienstrückstand des Saarlandes gegenüber dem Bund

Die unterschiedlichen Qualifikationsstrukturen innerhalb der Industriezweige im Saarland haben deutlichen Einfluss auf die Verdienste in den jeweiligen Branchen: In Industriezweigen mit überdurchschnittlichem Qualifikationsniveau wird deutlich höher entlohnt als in Branchen mit eher geringem Qualifikationsniveau. So fallen die Verdienste im saarländischen Maschinenbau überdurchschnittlich hoch aus (ca. 54.900 Euro). Zudem haben sich die Verdienste in den vergangenen Jahren positiver als für die Gesamtindustrie an der Saar und auch als im Maschinenbau auf Bundesebene entwickelt. Der Maschinenbau scheint demnach also eine relativ attraktive Branche für Industriebeschäftigte zu sein. Gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt besteht aber nach wie vor eine Verdienstlücke (-5,7%). Obwohl in der saarländischen Kfz-Industrie die Verdienste höher liegen (ca. 56.300 Euro) als im Maschinenbau, fällt der Verdienstrückstand gegenüber dem Bund (West) noch wesentlich deutlicher aus (-19,1%). Auch haben sich die Verdienste weniger dynamisch entwickelt. Für Industriebeschäftigte könnte es also zunehmend attraktiver sein, sich eine Arbeit im Fahrzeugbau außerhalb des Saarlandes zu suchen. Hingegen könnte das Metallgewerbe an der Saar auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Deutschland als möglicher Arbeitgeber interessant sein: das Metallgewerbe verzeichnet gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt ein historisch bedingtes Verdienstplus. Damit steht das Metallgewerbe entgegen dem Trend der saarländischen Industrie insgesamt – wobei darauf hingewiesen werden muss, dass insbesondere

Entgelte je Beschäftigten in den bedeutendsten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes im Saarland und im Bund (West) 2018

	2018	2017-2018		2008-2018		Verdienstabstand geg. Bund 2018
	in Euro	Saar	Bund	Saar	Bund	in %
		in %		in %		
Verarbeitendes Gewerbe	49.578	-0,6	+2,5	+27,2	+25,1	-8,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	56.281	+0,1	+4,1	+25,4	+33,9	-19,1
Metallgewerbe*	49.985	-3,0	+1,8	+18,4	+20,4	+4,1
darunter Stahlbranche	51.842	-9,8	-1,3	+11,6	+18,5	-5,7
Maschinenbau	54.887	+1,0	+2,8	+32,2	+25,4	-5,7
Nahrungs- und Futtermittel	29.348	+3,2	+1,6	+31,9	+18,1	-13,4
Gummi- und Kunststoffwaren	42.821	-3,8	+0,8	+20,0	+20,1	-0,2
Elektroindustrie**	49.076	+4,5	+2,3	+28,0	+26,2	-15,2

Quelle: Statistisches Amt Saarland; Statistisches Bundesamt - *Metallgewerbe: Metallerzeugung und -bearbeitung + H. v. Metallerzeugnissen - **Elektroindustrie: H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen + H. v. elektrischer Ausrüstung

die saarländische Stahlindustrie seit Jahren mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und infolge dessen Beschäftigung abgebaut wird. Der Verdienstrückstand des Saarlandes gegenüber dem Bund ist einerseits auf die hiesige Wirtschaftsstruktur mit einer geringeren Anzahl an höherwertigen Tätigkeiten zurückzuführen, zu Teilen aber auch auf den besonders starken Verdienstrückstand in den oberen Leistungsgruppen.

Im saarländischen Dienstleistungssektor werden im Bereich „Information und Kommunikation“ die höchsten Entgelte gezahlt und liegen sogar über der Entlohnung in der saarländischen Industrie mit knapp 53.500 Euro je Beschäftigten und auch höher als in der Industrie. Gegenüber dem Bund (West ohne Berlin) wurde in diesem Bereich ebenfalls höher entlohnt. Die zweithöchsten Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten wurden im Dienstleistungsbereich „Finanzen- und Versicherungen“ erreicht, allerdings reicht dies nicht an das Niveau im Früheren Bundesgebiet heran. Am untersten Ende der Verdienste befindet sich das „Gastgewerbe“. Aber auch im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ liegt die Entlohnung deutlich unterdurchschnittlich. Dass im Dienstleistungssektor insgesamt schlechter entlohnt wird als in der Industrie, liegt vermutlich unter anderem in der Tarifbindung sowie einem

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in den Dienstleistungsbereichen im Saarland und im Bund (West) 2017

	BLG je Arbeitnehmer	Veränderung 2016-2017		Veränderung 2008-2017		Verdienstrückstand geg. Bund* 2017
	in Euro	in %		in %		in %
	Saar	Saar	Bund	Saar	Bund	Saarland geg. Bund
Dienstleistungssektor	28.262	2,5	2,7	23,6	23,8	-10,7
Handel	26.196	4,8	2,6	20,0	24,2	-14,4
Verkehr und Lagerei	26.028	1,7	2,8	19,2	17,0	-15,7
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	23.508	2,0	4,1	35,2	30,2	-23,0
<i>darunter Grundstücks- und Wohnungswesen</i>	<i>17.089</i>	<i>1,8</i>	<i>6,0</i>	<i>39,7</i>	<i>29,4</i>	<i>-39,3</i>
<i>darunter Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen</i>	<i>33.691</i>	<i>1,0</i>	<i>4,5</i>	<i>32,8</i>	<i>29,0</i>	<i>-19,6</i>
<i>darunter Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen</i>	<i>18.612</i>	<i>3,7</i>	<i>3,3</i>	<i>37,4</i>	<i>33,2</i>	<i>-15,5</i>
Finanz- und Versicherungsgewerbe	49.002	3,6	1,4	25,0	18,6	-11,5
Information und Kommunikation	53.513	-0,7	2,2	20,7	28,8	-3,7
Personenbezogene Dienstleistungen	25.210	2,2	2,9	21,7	24,0	-4,5
<i>darunter Gastgewerbe</i>	<i>13.585</i>	<i>5,2</i>	<i>3,7</i>	<i>7,9</i>	<i>19,6</i>	<i>-21,4</i>
<i>darunter Erziehung und Unterricht</i>	<i>37.922</i>	<i>2,9</i>	<i>2,2</i>	<i>19,2</i>	<i>18,4</i>	<i>+4,3</i>
<i>darunter Gesundheits- und Sozialwesen</i>	<i>26.807</i>	<i>1,4</i>	<i>3,0</i>	<i>24,9</i>	<i>25,7</i>	<i>-2,5</i>
<i>darunter Kunst, Unterhaltung u. Erholung</i>	<i>27.162</i>	<i>6,9</i>	<i>3,8</i>	<i>63,8</i>	<i>37,0</i>	<i>-12,8</i>
<i>darunter Erbringung von sonstigen Dienstleistungen</i>	<i>21.334</i>	<i>1,7</i>	<i>3,1</i>	<i>10,7</i>	<i>23,3</i>	<i>-19,9</i>
Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung	41.984	2,2	2,4	41,8	32,1	+4,5

Quelle: VGRdL - Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland; Reihe 1, Band 2

größeren Anteil an Vollzeitbeschäftigten in der Industrie gegenüber den Dienstleistungen sowie an einem insgesamt größeren Potenzial zur Produktivitätssteigerung.

Dienstleistungssektor: dem „Handel“ kommt eine enorme Bedeutung zu

Den größten Einfluss auf die Verdienste im Dienstleistungssektor hat aufgrund seines Beschäftigungsanteils der Wirtschaftszweig „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz“. Auch für die Wirtschaftsleistung und insbesondere für die Beschäftigung hat dieser Bereich eine enorme Bedeutung. Geprägt wird der Handel von der Sparte „Einzelhandel“ – hier arbeitet über die Hälfte aller im Handel Beschäftigten. Der Bereich „Kfz-Handel und -Reparatur“ ist entgegen dem Trend im Gesamthandel und dem Trend dieses Segments auf Bundesebene im Saarland rückläufig. Zurückzuführen ist diese Entwicklung unter anderem auf die Verlagerung der „Peugeot Deutschland Zentrale“ von Saarbrücken nach Köln im Jahr 2013.

Der Wirtschaftszweig „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz“. Auch für die Wirtschaftsleistung und für die Beschäftigung hat dieser Bereich eine enorme Bedeutung.

Sparte „Verkehr und Lagerei“ für das Saarland von relativ großer Bedeutung

Die Dienstleistungssparte „Verkehr und Lagerei“ hat aufgrund ihrer engen Verknüpfung mit einerseits der Handelssparte und andererseits der regionalen bis weltweiten Industrie, eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für die saarländische Wirtschaft. So ist infolge der stark industriegeprägten Wirtschaftsstruktur des Saarlandes der Anteil der mit der Industrie verbundenen Güter am saarländischen Transportwesen – insbesondere im Güterkraftverkehr – relativ hoch. Den größten Einfluss auf die Beschäftigung im Logistikbereich haben im Saarland die Sparten „Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen“ sowie „Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr“. Etwas abgeschlagen folgt das Segment „Post-, Kurier- und Expressdienste“.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen und der Bereich „Leiharbeit“

Die sogenannten „Unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ umfassen die Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ und „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Diese drei Dienstleistungszweige richten ihre Leistungen in erster Linie an Unternehmen und nicht an private Haushalte. Ein Segment, welches in den vergangenen Jahren häufig Teil der öffentlichen Diskussion war, ist der in der Wirtschaftszweigsystematik unter den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen erfasste Bereich „Befristete Überlassung von Arbeitskräften“ – auch Leiharbeitsbranche genannt. Viele der dort beschäftigten Leiharbeiter sind tatsächlich in industriellen Fertigungsberufen tätig, da die Arbeitskräfte überwiegend an Industriebetriebe verliehen werden. Zudem profitiert die Branche der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen von beständigen Outsourcing-Prozessen der Industrie, welche bestimmte Tätigkeiten an externe, spezialisierte Dienstleister verlagern, die

in der Statistik vornehmlich den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zugeordnet sind.

Information und Kommunikation

Die Dienstleistungsbranche „Information und Kommunikation“ erzielte im Jahr 2016 ca. 5,5% der gesamten Dienstleistungsbruttowertschöpfung und stellte 3,5% der Dienstleistungsbeschäftigung im Saarland (9.100 Personen zum 30.06.2018). Die größte Bedeutung in diesem Bereich kommt der Sparte „Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie“ zu, welche u.a. Programmierungstätigkeiten, Softwareentwicklung sowie IT-Beratungsdienstleistungen anbietet. Die Branche könnte im Saarland weiter an Bedeutung gewinnen – insbesondere sollte das Land von dem Informatik-Schwerpunkt an der Universität des Saarlandes (UdS) sowie dem im Februar 2018 gegründeten Helmholtz-Zentrum für IT-Sicherheit (Cispa) in Saarbrücken profitieren. Bis zum Jahr 2026 sollen dort 600 bis 800 Personen beschäftigt sein. Die IHK des Saarlandes geht davon aus, dass dadurch regionalwirtschaftliche Effekte in Höhe von 78,2 bis 98,3 Millionen Euro entstehen.⁴ Darüber hinaus ist zu erhoffen, dass das Helmholtz-Zentrum auch die Dynamik von Ausgründungen und Start-up-Gründungen an der UdS vorantreibt sowie Anreize für die Ansiedlung innovativer Unternehmen schafft. Als positives Beispiel ist hier bereits das ZF-Technologie-Forschungszentrum zu nennen, wo ZF, Cispa und DFKI kooperieren. Hier lassen sich bereits Ansätze einer möglichen Cluster-Bildung erkennen.⁵

Personenbezogene Dienstleistungen – zunehmende Bedeutung des Gesundheits- und Sozialwesens

Die sogenannten „Personenbezogenen Dienstleistungen“ bieten ihre Leistungen überwiegend privaten Haushalten an. Sie setzen sich aus dem „Gastgewerbe“, „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ und „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ sowie „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“ zusammen. Vor allem in Bezug auf die Beschäftigung spielt die Branche eine gewichtige Rolle: 36,8% der im Tertiärsektor sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten 2018 im Bereich der Personenbezogenen Dienstleistungen – damit ist die Branche die beschäftigungsstärkste Dienstleistungssparte. Die Beschäftigungsbereiche sind dabei äußerst vielfältig: Von der Gastronomie, Schwimmbädern, Spielbanken und Theatern über Kitas, das Schulwesen und die Universität bis hin zu Arztpraxen, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen sowie kirchlichen Vereinigungen. Insbesondere der Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens hat eine enorme Bedeutung für die Beschäftigung.

Entgegen der Entwicklung in vielen anderen Branchen hat sich der positive Beschäftigungstrend bei den Personenbezogenen Dienstleistungen in den letzten Jahren kontinuierlich fortgesetzt – auch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 wurde diese Entwicklung nicht unterbrochen. Erklären lässt sich dies durch die Dominanz der Teilsegmente „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Erziehung und Unterricht“, welche beide als relativ konjunkturunabhängig und ent-

sprechend krisenfest gelten. Insbesondere die ambulante Pflege dürfte im Zuge der zunehmenden Alterung der Gesellschaft weiter Beschäftigung aufbauen. Auch in den Alten- und Pflegeheimen ist von einem weiteren Beschäftigungsaufbau aufgrund des demografischen Wandels auszugehen. Das iso-Institut schätzt in einem von der Arbeitskammer finanzierten Forschungsprojekt⁶ rund 85.000 bis 90.000 Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft an der Saar im Jahr 2017. Das Gewicht der Branche wird auch im aktuellen Koalitionsvertrag der saarländischen Landesregierung betont. Als Strategie für die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft wird allerdings insbesondere auf die Förderung des Gesundheitstourismus – also des „zweiten Gesundheitsmarktes“ gesetzt. Der größte Teil der Gesundheitswirtschaft – nämlich die Versorgungsleistungen des „ersten Gesundheitsmarktes“ – rückt gar nicht erst in den Fokus. Dabei sollte aber bedacht werden, dass insbesondere in den Pflegeberufen die Belastungen aufgrund von Personalknappheit, Arbeitsdruck und fachlichen Anforderungen enorm hoch sind. Eine Aufwertung der Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind notwendig, um die Abdeckung des Fachkräftebedarfs in diesem Bereich auch in Zukunft gesichert sein.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Dienstleistungsbereichen im Saarland und im Bund (West) 2018 (zum 30.06.)

	Beschäftigte	Anteil am Dienstleistungssektor		Veränderung 2017-2018		Veränderung 2008-2018	
	absolut	in %		in %		in %	
	Saar	Saar	Bund	Saar	Bund	Saar	Bund
Dienstleistungssektor	264.247	100	100	+1,5	+2,3	+17,4	+24,9
Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	54.473	20,6	19,8	+1,0	+1,6	+5,5	+11,2
Verkehr und Lagerei	16.531	6,3	7,7	+2,2	+4,8	+19,5	+27,0
Information und Kommunikation	9.118	3,5	4,7	+4,1	+4,1	+3,5	+26,8
Erbringung v. Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	11.941	4,5	4,6	-0,9	-1,0	-0,0	-2,1
Unternehmensbezogene Dienste	51.559	19,5	20,9	+3,5	+2,9	+23,8	+41,7
darunter Grundstücks- und Wohnungswesen	1.621	0,6	1,0	+1,9	+3,3	-8,1	+27,2
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen u. technischen Dienstleistungen	20.409	7,7	10,0	+4,2	+1,6	+26,4	+49,1
Erbringung v. sonstig. wirtschaftlichen Dienstleistungen	29.529	11,2	9,9	+3,2	+1,5	+24,3	+36,5
darunter Befristete Überlassung von Arbeitskräften*	11.835	4,5	3,5	+9,6	-3,3	+7,3	+22,1
Personenbezogene Dienste	97.120	36,8	34,8	+1,0	+2,2	+26,0	+31,8
darunter Gastgewerbe	10.224	3,9	4,5	+1,7	+2,1	+41,3	+36,8
Erziehung und Unterricht	13.435	5,1	5,1	-0,3	+2,1	+24,4	+35,2
Gesundheits- und Sozialwesen	61.591	23,3	20,4	+0,9	+2,6	+26,8	+35,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung	3.240	1,2	1,2	+0,6	+2,2	+28,5	+40,2
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	7.925	3,1	3,4	+2,6	+0,2	+6,8	+5,1
Private Haushalte mit Hauspersonal etc.	-	-	0,2	-	+0,2	-	+36,4
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	23.505	8,9	7,4	+0,7	+1,9	+17,2	+12,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.) - * Wirtschaftsgruppe 782 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008)

Neben dem „Gesundheits- und Sozialwesen“ und dem Bereich „Erziehung und Unterricht“ leistet die Sparte „Gastronomie“ noch einen relativ großen Beitrag zur Beschäftigung im Bereich Personenbezogene Dienstleistungen.

Minijob- und Teilzeitquoten im Dienstleistungssektor überdurchschnittlich hoch

Werden die Minijobs mit berücksichtigt, nimmt die Bedeutung der Gastronomie deutlich zu. Die Beschäftigungsform der Minijobs ist in der saarländischen Gastronomie stark verbreitet: Beinahe jeder zweite Beschäftigte (sozialversicherungspflichtig plus geringfügig Beschäftigte) arbeitet in einem Minijob. Allerdings ist mit der Einführung des Mindestlohns zum 01.01.2015 auch ein relativ starker Anstieg bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bereich Gastronomie zu beobachten. Unter Mitberücksichtigung der Minijobber ist der Bereich der Personenbezogenen Dienstleistungen insgesamt nicht nur der größte Arbeitgeber im Dienstleistungssektor im Saarland sondern auch deutlich beschäftigungsstärker als die Industrie. Die Minijobquote liegt mit 21,5% überdurchschnittlich hoch, trotz der unterdurchschnittlichen Minijobquoten in den beschäftigungsstarken Bereichen „Gesundheits- und Sozialwesen“ (10,8%) und „Erziehung und Unterricht“ (12,1%). Neben den Minijobs ist die Beschäftigungsform der Teilzeitarbeit im Bereich der Personenbezogenen Dienstleistungen stark ausgeprägt. Auch hier

Frauen-, Teilzeit- und Minijobbeschäftigung in den Dienstleistungsbereichen im Saarland 2018 (zum 30.06.), Anteil in %

	Frauenanteil	Teilzeitquote	Minijob-Quote*
Insgesamt	45,5	27,8	14,9
Dienstleistungssektor	58,1	36,7	18,2
Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	56,1	37,3	17,6
Verkehr und Lagerei	26,7	24,3	22,6
Information und Kommunikation	32,7	20,2	9,0
Erbringung v. Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	58,7	30,8	5,2
Unternehmensbezogene Dienste	47,3	30,6	20,1
darunter Grundstücks- und Wohnungswesen	49,6	36,0	50,2
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen u. technischen Dienstleistungen	54,0	26,2	13,9
Erbringung v. sonstig. wirtschaftlichen Dienstleistungen	42,7	33,2	21,4
darunter Befristete Überlassung von Arbeitskräften*	20,5	9,4	5,9
Personenbezogene Dienste	72,2	45,8	21,5
darunter Gastgewerbe	57,4	56,4	46,0
Erziehung und Unterricht	72,4	49,4	12,1
Gesundheits- und Sozialwesen	76,2	43,3	10,8
Kunst, Unterhaltung und Erholung	52,2	36,6	34,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	68,1	46,6	33,0
Private Haushalte mit Hauspersonal etc.	-	-	-
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	61,5	30,6	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.) - *Minijob-Quote: Ausschließlich geringfügig Beschäftigte bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten + ausschließlich geringfügig Beschäftigten

ist insbesondere der Bereich „Gastgewerbe“ inklusive Gastronomie stark betroffen: Jeder zweite sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Gewerbe arbeitete nicht Vollzeit. Eine ebenfalls hohe Teilzeitquote weist der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (49,4%) auf, sowie das „Gesundheits- und Sozialwesen“ (43,3%). Für den Tertiärsektor insgesamt liegt die Teilzeitquote bei 36,7%. In den genannten Sparten wie auch im Dienstleistungssektor insgesamt ist zudem der Anteil der Frauen an den Beschäftigten überdurchschnittlich hoch. Die Industrie ist hingegen männerdominiert. Damit einhergehen relativ niedrige Teilzeit- und Minijobquoten (8,0% bzw. 5,6%). Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes bildet insbesondere der Industriezweig „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ mit einer Teilzeitquote von 22,1% und einer Minijobquote von 18,5% eine Ausnahme. In diesem Bereich ist wiederum der Frauenanteil relativ hoch (49,6%; Verarbeitendes Gewerbe: 19,6%).

Unterschiedliches Qualifikationsniveau im Dienstleistungsbereich

Das von Minijobbern dominierten Bereich „Gastgewerbe“ ist gekennzeichnet von einem hohen Anteil an Beschäftigten ohne Berufsabschluss bzw. von Beschäftigten ohne Angabe zum Berufsabschluss. Die beschäftigungsstarke Dienstleistungsbranche „Handel“ ist hingegen geprägt von einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss (75,1%). Hervorzuheben ist außerdem der hohe Akademikeranteil im Dienstleistungssegment „Information und Kommunikation“: 46,5% bzw. über 4.100 Beschäftigte verfügen über einen Hochschulabschluss. Weitere 3.600 Beschäftigte haben einen anerkannten Berufsabschluss. Insbesondere in der beschäftigungsstarken „Informationstechnologie“ dürfte gut ausgebildetes Personal im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt und „Industrie 4.0“ ein entscheidender Faktor für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sein. Auch aus diesem Grund bedarf es neben einer industriepolitischen Strategie auch einer zukunftsorientierten Dienstleistungspolitik im Saarland, welche zum einen den Aspekt „Gute Arbeit“ stärker im Blick haben und zum anderen auf den Ansätzen der Clusterpolitik und der Hochschulentwicklung aufbauen sollte. Insgesamt sieht die Arbeitskammer die Erstellung einer Strategie für die Dienstleistungsbranchen mit dem Leitgedanken Gute Arbeit als notwendig an. Die Arbeitskammer fordert die durchgängige Orientierung an der Schaffung guter Arbeitsplätze als primäres Ziel aktiver Dienstleistungs- und Industriepolitik. Dazu gehört auch die Stärkung der Mitbestimmung.

Die beschäftigungsstarke Dienstleistungsbranche „Handel“ ist geprägt von einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss (75,1 Prozent). Hervorzuheben ist außerdem der hohe Akademikeranteil im Dienstleistungssegment „Information und Kommunikation“: 46,5 Prozent beziehungsweise über 4.100 Beschäftigte verfügen über einen Hochschulabschluss.

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Dienstleistungsbereichen
im Saarland 2018 nach Berufsabschluss (zum 30.06.), Anteil in %**

	Keine Angabe	Ohne Berufsabschluss	Anerkannter Berufsabschluss	Akademischer Berufsabschluss
Insgesamt	8,6	11,5	67,8	12,1
Dienstleistungssektor	9,8	11,2	65,0	14,0
Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeugen	9,3	9,7	75,1	5,9
Verkehr und Lagerei	21,5	12,5	62,5	3,5
Information und Kommunikation	5,6	6,5	41,4	46,5
Erbringung v. Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	5,0	5,4	77,0	12,7
Unternehmensbezogene Dienste	13,2	16,3	55,4	15,0
darunter Grundstücks- und Wohnungswesen	9,4	7,1	73,0	10,6
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen u. technischen Dienstleistungen	4,6	5,4	58,3	31,7
Erbringung v. sonstig. wirtschaftlichen Dienstleistungen	19,1	24,1	52,6	4,2
darunter Befristete Überlassung von Arbeitskräften*	11,5	32,2	53,1	3,2
Personenbezogene Dienste	9,0	11,4	63,7	15,9
darunter Gastgewerbe	25,7	23,1	47,4	3,8
Erziehung und Unterricht	3,2	7,4	59,1	30,3
Gesundheits- und Sozialwesen	6,6	10,5	68,0	14,8
Kunst, Unterhaltung und Erholung	14,7	18,2	54,0	13,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	11,8	7,3	63,8	17,2
Private Haushalte mit Hauspersonal etc.	-	-	-	-
Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2,7	6,0	73,6	17,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Stichtagsdaten zum 30.06.)

4. Ausblick

Die weiteren Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung sind trübe: Auch 2020 bestehen weiterhin außenwirtschaftliche Risiken, weiterhin bestehen Probleme in der Automobilindustrie. Dementsprechend fallen auch die Prognosen für das Saarland mäßig aus. Die Arbeitskammer erwartet jedenfalls keine zunehmende wirtschaftliche Dynamik – das BIP dürfte auch in 2020 kaum steigen und abermals hinter der bundesweiten Entwicklung (Prognosen Bund: +0,7 bis +1,4%) bleiben. Entsprechend verhalten sind die Beschäftigungserwartungen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) prognostiziert für das Saarland sogar einen Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,1 Prozent im Jahr 2020. Das Saarland wäre demnach das einzige Bundesland mit einem Beschäftigungsrückgang (Bund: +0,7%). In einem pessimistischen Szenario des IAB drohen Beschäftigungsverluste von -1,3 Prozent. Angesichts der verschärften Risiken kein ganz unrealistisches Szenario. Vor allem der Welthandel bereitet weiter Sorge – die Diskussionen um den Brexit, die Handelskonflikte der USA mit der EU und China, die Krise in der Türkei, eine Nachfragerückgang in China. In der Folge

sind die industriellen Auslandbestellungen an der Saar in den ersten drei Quartalen 2019 um 12,1 Prozent eingebrochen. Neben den unmittelbar negativen Effekten auf die Exportentwicklung wirken sich die Risiken auch auf das Investitionsverhalten der Unternehmen aus – eine erschwerte Planungssicherheit führt zu einer Zurückhaltung bei den Investitionen. Insbesondere die saarländische Kfz-Industrie blickt unsicher in die Zukunft. Aus den Daten des AK-Betriebsbarometers 2019 geht hervor, dass über 70 Prozent der befragten Betriebsräte aus der saarländischen Automobilindustrie die Zukunftsaussichten ihres Betriebs als eher oder sogar sehr schlecht einschätzen.

Neben den weltweiten Unsicherheiten spielen dabei strukturelle Entwicklungen eine Rolle, die sich nicht von den konjunkturellen Faktoren trennen lassen. Das Stichwort heißt hier: „Transformation“. Wirtschaft und Arbeitswelt befinden sich aktuell in tiefgreifenden Strukturwandelprozessen, die vor allem getrieben sind durch Digitalisierung und Dekarbonisierung. Insbesondere vor dem Hintergrund von Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz rückt der Übergang zu neuen Antriebstechnologien verstärkt in die öffentliche Debatte. Verstärkt wird dies durch den – in erster Linie durch Managementfehler verursachte – Dieselskandal, der die Dieselkompetenz im Saarland weiterhin vor Probleme stellt. Kaum Lichtblicke auch bei der saarländischen Schlüsselindustrie Stahl. Sowohl Auftragseingänge (-16,4%) als auch Umsätze (-3,5%) weisen im bisherigen Jahresverlauf auf die Schwierigkeiten hin mit denen die Stahlindustrie weiterhin zu kämpfen hat: Überkapazitäten, Emissionsrechtehandel, Außenhandelspolitik des US-Präsident Donald Trump. Dabei erhalten die Arbeitnehmer in den saarländischen Schlüsselindustrien überdurchschnittlich hohe Löhne und verfügen damit über ein enormes Kaufkraftpotenzial. Fällt dieses an der Saar weg, wird sich dies in der gesamten saarländischen Wirtschaft, also auch in vielen Dienstleistungsbereichen oder dem Handwerk, bemerkbar machen.

Noch scheinen die privaten Haushalte in Konsumlaune, was sich im Einzelhandel positiv niederschlägt (Umsatz: +3,5 Prozent im bisherigen Jahresverlauf). Fraglich ist, wie sich der private Konsum entwickeln wird, wenn die Beschäftigung im kommenden Jahr zurückgeht und die Löhne weniger stark ansteigen. Positiv auf die Nachfrage könnte sich die Rückkehr zu paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Änderungen im Einkommenssteuertarif sowie die Erhöhung der kinderbezogenen Rente sowie des Kindergeldes bemerkbar machen.

Langfristig erwartet die Arbeitskammer, dass sich im Rahmen der Transformation der Trend zur Tertiarisierung verstärkt fortsetzen wird. Während im bisherigen Jahresverlauf in saarländischen Industrie Beschäftigung abgebaut wurde (-0,6% bzw. -600 Personen), konnte der Dienstleistungssektor weiter Beschäftigung aufbauen (+1,0% bzw. +2.600 Personen). Insbesondere der Bereich Information und Kommunikation konnte zulegen (+6,1% bzw. +550 Arbeitsplätze). Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung ist zu erwarten, dass vermehrt Arbeitsplätze in den Bereichen Softwareentwicklung und IT-Beratung geschaffen werden. Um diese Chancen tatsächlich nutzen zu können, sind verstärkte Ausgaben in (Weiter-)Bildung notwendig. Zum

einen, um Spitzenforschung im Saarland zu ermöglichen, zum anderen, um den Zugang zum Arbeitsmarkt in der Breite zu erhalten bzw. zu ermöglichen. Daneben sei darauf hingewiesen, dass insbesondere im IT-Bereich Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Ausgestaltung der Arbeitsplätze im Sinne Guter Arbeit sowie hinsichtlich des Ausbaus der Tarifbindung und der Mitbestimmung besteht.

Notwendig ist eine aktive, nachhaltige und regionale Wirtschaftspolitik, die von Bund und EU flankiert wird:

- Stärkung der Binnennachfrage über expansive Lohnpolitik, die Schaffung sicherer Arbeitsplätze sowie der Steigerung der Verteilungsgerechtigkeit,
- Konjunkturprogramm durch massive Förderung von Investitionen, die eine aktive Gestaltung des Strukturwandels ermöglichen statt Festhalten an der Schuldenbremse,
- das Einfordern von finanzieller Unterstützung durch Bund und EU in Form von Strukturhilfen zur Gestaltung der Transformation,
- eine strategische Dienstleistungspolitik, welche den Aspekt Gute Arbeit stärker im Blick hat und dazu beiträgt, die Mitbestimmungsstrukturen zu verbessern,
- eine zukunftsorientierte Transformations-Strategie, aus welcher Handlungsbedarf und die Höhe der benötigten Mittel hervorgehen,
- ein Aktionsprogramm, das konkrete Maßnahmen und deren Finanzierung aufzeigt, mit denen der Strukturwandel aktiv gestaltet werden kann.

Anmerkungen

- 1) Boos, Jonas (2019): Analyse der Branchenstrukturen im Saarland 2019. In AK-Texte.
- 2) Vgl. Dengler, Katharina/Matthes, Britta (2015): In kaum einem Beruf ist der Mensch vollständig ersetzbar, in IAB-Kurzbericht 24/2015, S.8.3).
- 3) Vgl. Moser, Frederik/Hoffmann, Matthias (2019): Digitalisierung im saarländischen Dienstleistungssektor – Mit besonderem Blick auf die Öffentliche Verwaltung, in AK-Texte, S.1f.
- 4) Vgl. Meyer, Carsten; Berck, Oliver (2018): Das CISP Helmoltz-Zentrum: Eine sehr gute Investition in die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes, S.1f.
- 5) Vgl. Arbeitskammer des Saarlande (2019): Bericht an die Regierung des Saarlandes 2019, S.277.
- 6) Vgl. Hielscher, Volker (2018): Beschäftigung und Arbeit in der saarländischen Gesundheitswirtschaft S.17. In AK-Texte.

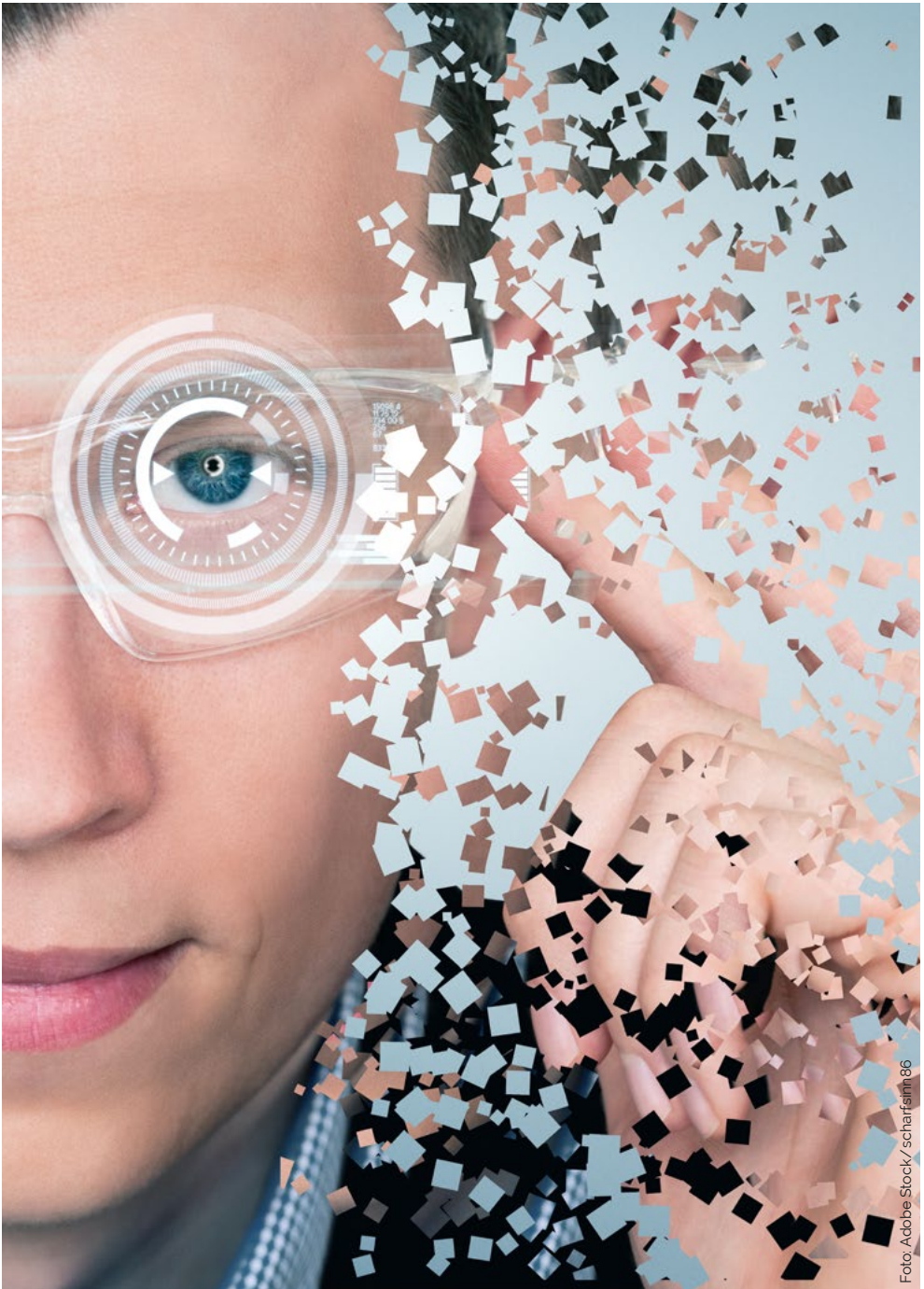


Foto: Adobe Stock / scharfaim 86

Das Saarland benötigt eine zukunftsorientierte Transformations-Strategie.

Zwischen Interdisziplinarität und kultureller Praxis

20 Jahre Historisch orientierte Kulturwissenschaften (HoK) an der Universität des Saarlandes

Von Prof. Dr. Clemens Zimmermann

Seit 20 Jahren sind die „Historisch orientierte Kulturwissenschaften“ (Internetauftritt: www.hok.uni-saarland.de) an der Universität des Saarlandes beheimatet. Zu Beginn konnten sie fakultätsübergreifend auf Diplom studiert werden, inzwischen gibt es sie als ein Bachelor- und zwei Masterstudiengänge in der wiedervereinten Philosophischen Fakultät. Die große Fächervielfalt wird unter anderem von den Altertumswissenschaften, der Geschichte, Humangeographie, Anthropologie, Kunstgeschichte, Literaturwissenschaft, Musikwissenschaft, Philosophie und Theologie gestaltet, hinzu kommen Interdisziplinarität und Praxisorientierung. Das markante Lehrprofil zieht Studierende aus dem ganzen Bundesgebiet nach Saarbrücken und ermöglicht es HoK-Absolventinnen und -Absolventen, in den unterschiedlichsten Berufsfeldern zu arbeiten. Bei der Feier zum 20-jährigen Bestehen im Juli 2019 hielt Prof. Dr. Clemens Zimmermann den Festvortrag*. Zimmermann leitete bis Herbst 2019 den Lehrstuhl für Kultur- und Mediengeschichte und war langjähriger Erster Sprecher der Studiengänge.

1. Wie alles begann

Historisch orientierte Kulturwissenschaften? Ein Studiengang? Aus vier Fächern? Davon hatte ich im Jahre 2000, aus Heidelberg kommend, noch nie gehört. „Man“ studierte doch „ordentlich“ zwei Hauptfächer, oder ein Hauptfach und zwei Nebenfächer, wurde dann Lehrer oder Lehrerin. Oder stellte sich vor, einmal selbst auf dem Katheder zu stehen. Bisweilen, wenn das mit dem Studium nicht voll klappte, wurde man Lektor, Redakteurin oder begann ein neues Studium. Dann gab es noch

Gliederung:

1. Wie alles begann
2. Was den Studiengang ausmacht(e)
3. Wie sehen die Perspektiven aus?

den Magisterabschluss. Eigentlich eine uralte Standardeinrichtung europäischer Universitäten. Man belegte Veranstaltungen verschiedener Art, die meisten ohne verpflichtenden Charakter. Dann meldete man sich irgend-



Prof. Dr. Clemens Zimmermann bei seinem Festvortrag zum 20-jährigen Bestehen des HoK-Studiengangs/der HoK-Studiengänge an der Universität des Saarlandes.

wann zur Prüfung an. Bei den Heidelberger Philosophen sollen damals, wie das Gerücht umging, 97 Prozent aller Magisterstudierenden ohne Abschluss geblieben sein. Dem nun überall aufkommenden technizistischen Leitbild eines durchorganisierten Studiengangs nach wäre das eine Abschlussquote von drei Prozent gewesen.

Solche freien Verhältnisse änderten sich etwa ab dem Jahre 1998 sehr tiefgreifend. Die Politik wollte spätestens 1999 eine Homogenisierung der historisch recht unterschiedlichen Studiensysteme, es ging um mehr europäischen Studienaustausch. Europäische Studierende musste nun ihre ECTS-Punkte abliefern, die Veranstaltungen sollten einer Qualitätskontrolle unterliegen. Seit 1987 gab es das europaweite, akademische Austauschprogramm Erasmus. Jedoch sind die Ergebnisse dieser Großreform umstritten: War nicht ständiger Stress die Folge? Wurden die Studienanfänger nicht einfach rascher hindurchgeschleust durch ein unterfinanziertes System? Konnte man sich überhaupt ein Auslandsstudium zeitlich leisten? Sollte man nicht lieber, als es mit einem B.A.-Abschluss auf dem Arbeitsmarkt zu versuchen, noch einen M.A. dranhängen – eventuell und gerne an einem anderen Ort mit einer anderen Ausrichtung, was sehr attraktiv sein konnte? Der Trend der 2000er Jahre ging somit einerseits in Richtung Reglementierung, Beschleunigung, Effizienz und Ökonomie, andererseits konnten Spezialisierungen entwickelt werden, die womöglich zielgenau in einen Beruf führten, oder aber gerade auf dem Arbeitsmarkt nicht zu verwerten waren. Die Frage bis heute ist: Ist ein an irgendeiner europäischen Universität erworbener Mastergrad inhaltlich, von den methodischen Kompetenzen her

oder vom Grad der erworbenen Autonomie des Studiums her wirklich gleichwertig? Das ist grundlegend zu bezweifeln.

Die tatsächlichen Veränderungen traten schrittweise ein. Beginnend im Jahr 1998 und durch Initiative von unten getragen.

Es ging in diesem Jahr an der Universität des Saarlandes um einen neuen integrativen Studiengang im Rahmen der philosophischen Fakultät und um eine Gesamtreform der Geschichts- und Kulturwissenschaften in Saarbrücken. Unter dem Druck von bedrohlichen Sparplänen der Landesregierung, von Wiederbesetzungssperren, der versuchten Schwächung der Universität überhaupt – so die Einschätzung des damaligen Präsidenten der Universität, Günther Hönn – und um die Bündelung von Ressourcen sowie um das Sichtbarwerden von Geistes- und Kulturwissenschaften. Der Plan war zunächst der Folgende: Unter dem Namen Historische Humanwissenschaft sollten 15 bisherige und neue Professuren für Religionswissenschaft, Mediengeschichte, Europäische Ethnologie und europäische Regionalgeschichte eingerichtet beziehungsweise zusammengefasst werden. Weiteres war 1998 angedacht: Eine Arbeitsstelle für vergleichende Geschichte Deutschlands und Frankreichs, ein Schwerpunktbereich Wissensgesellschaft und eine multimediale Vernetzung zwischen Schule, Universität und Museum. So der Vorschlag von Armin Heinen, heute Professor in Aachen, der sich

Es schälte sich in der damaligen Fakultät der Konsens heraus, den Schwerpunkt auf kulturgeschichtliche Fragestellungen zu vertiefen.

dann auch an der Konzeption von HoK maßgeblich beteiligte, das war im Januar 1998. Schon zuvor, aber getrennt von diesen Initiativen, hatte die Romanistik einen Lehrstuhl für Romanische Kulturwissenschaft und interkulturelle Kommunikation etabliert – ein Schwerpunkt, der bis heute erfolgreich läuft und zu dem immer wieder Beziehungen aufgebaut werden. Es schälte

sich nun in der damaligen Fakultät der Konsens heraus, den Schwerpunkt auf kulturgeschichtliche Fragestellungen zu vertiefen, so wie das der Mitgründer, der Theologe Karl-Heinz Ohlig, formulierte, der dann einige Jahre lang Erster Sprecher von HoK wurde. Das Ziel war auch, internationale Kompetenz, Wirkung und Ausstrahlung im nationalen Raum zu gewinnen. Kein Konsens herrschte indes darüber, in den Kulturbegriff die Sphäre des Populären zu integrieren. Jedoch hat sich diese Position mittlerweile durchgesetzt. Kultur wird seitdem verstanden sowohl als traditionelle Hochkultur wie auch als Kulturen verschiedener historischer Gruppen und Ethnien ebenso wie als Sphäre der populären Medienkulturen. Dass Geschichte und Kulturen in Europa als zusammenhängendes Forschungsfeld verankert wurden, wurde angedacht, später in Ansätzen realisiert. Die dazu nötigen Transformationen in den involvierten Fakultäten kamen in der vorgeschlagenen Form zwar nicht zustande. Aber dass Europa ein Schwerpunkt in Forschung, Lehre und Außendarstellung der Saarbrücker Geisteswissenschaften darstellen sollte, ist doch heute ebenfalls Konsens.

1999 als Wendejahr war der Diskussionsstand schon ein anderer als ein Jahr zuvor. Die unmittelbare Frucht der Debatte war zwar keine Revolutionierung des gesamten Fächerspektrums, aber die Etablierung von Regional- und historischer Medienforschung – und der Historisch orientierten Kulturwissenschaften.

Die begannen also 1999 als Diplomstudiengang. Es waren hierfür neun Semester vorgesehen. Es resultierte der Diplom-Kulturwissenschaftler-Abschluss. Allenfalls in der DDR hatte es den Abschluss als Diplomhistoriker gegeben, aber es gab ja Diplomingenieure. „Diplom“, das hörte sich gut an. Die Historisch orientierte Kulturwissenschaften in Saarbrücken begannen, sich in die traditionelle Uni-Landschaft hineinzusetzen. Manche meinten, als Kuckuck, andere sahen einen wunderbaren Neuanfang. Die kritische Hauptfrage: Kann man vier beziehungsweise drei Fächer gleichzeitig studieren? Das Odium der Oberflächlichkeit haftete den ersten HoK-lern aus Sicht der Konservativen an. Wie sollte die geforderte interdisziplinäre Orientierung, die dem hoch aktiven Gründer Richard van Dülmen vorschwebte, umgesetzt werden? Praxiskurse und Praktika – drohte nicht ein universitärer Standard in den einer Fachhochschule reduziert zu werden?

Der Entwurf von van Dülmen und seinen Mitstreiterinnen, darunter auch der Kulturgeograph Wolfgang Brücher, eckte an. Aber er hatte eine paradigmatische Qualität. HoK wurde nun eigentlich blitzesartig als Lehrverbund konzipiert – und nicht als Forschungsgemeinschaft. So konnte man Ressourcen zusammenführen und bündeln, aber doch Pluralität garantieren und nicht zuletzt die Separierung in isolierte Fächer überwinden.

2. Was den Studiengang ausmacht(e)

Was waren die intendierten Elemente des neuen Studiengangs? Betrachten wir sie genauer:

- 1. Mehr Auswahl von Wissensgebieten, dadurch vermehrte inhaltliche Studienfreiheit. Trotz einem Mehr an dadurch notwendiger Reglementierung des Studienaufbaus und Fortschrittskontrollen. Damit nahm der Studiengang wesentliche Elemente von Studienreformen hinweg, wie sie sowohl an der Universität des Saarlandes wie an anderen Universitäten später realisiert wurden. Wesentlich für HoK ist die Kombination von Fächern, die methodisch und inhaltlich zusammenpassen. Oder Studierende können aber auch Fächer so kombinieren, dass individuelle Präferenzen gepflegt werden. Besonders das Fach Geschichte war ein Kern, aber eben nicht mehr das Fach insgesamt, sondern in seinen Teildisziplinen vertreten. Diese wiederum traten mit anderen Disziplinen in Kontakt. Etwa die Kulturgeschichte mit der Religionswissenschaft, die Alte Geschichte mit der Philologie. Richard Van Dülmen sah in den klassischen Studienfächern

eine Schrumpfungstendenz voraus und dies erweckte den Wutbürger im Professor bei denjenigen, die sich in ihrem klassischen Bildungsverständnis und in ihrem Bestand bedroht sahen. Leider hat das Saarland in der Zwischenzeit tatsächlich die Kapazitäten von Lehramtsfächern, dem vermeintlichen Bedarf gemäß, reduziert und musste diese Reduktion aber zwischenzeitlich schon wieder ein wenig abmildern. Van Dülmen wollte ganz klar Studierende von auswärts rekrutieren, sogar solche aus dem „Reich“. Die sind dann auch immer wieder gekommen – mit einem Anteil von bis zu 50 Prozent. Man versuchte also nun, sich zu entprovinzialisieren, man trat in Wettbewerb mit anderen Universitäten.

- 2. Der neue Studiengang erforderte eine eigene kollegiale Organisation, der Anspruch war Teilautonomie im Rahmen der Philosophischen Fakultät. Dieser Anspruch ging bis vor Kurzem für manche und manchen in der Fakultät zu weit. Diese Eigenorganisation, die auf viel good will der Mitwirkenden und dem Engagement der Koordinator/innen beruhte, blieb allerdings begrenzt. Auch durch die permanente und unerträgliche personelle Unterausstattung. Aber immer wieder halfen Dekane mit befristeten Stellen aus, trat auch das Engagement studentischer Interessenvertretungen hinzu. Man sah lange die Notwendigkeit studentischer Partizipation wenig enthusiastisch. Konsequenter wäre es also heutzutage, Studierende noch stärker als schon praktiziert an der Selbstverwaltung von HoK zu beteiligen. Sicherlich nicht in allen vielfältigen Organisationsbereichen ist dies möglich, aber doch bei der allgemeinen Studienberatung der Erstsemester, als Ansprechpartner bei Problemen oder bei der Sondierung von neuen Studienplänen.
- 3. Es war offensichtlich, dass der Studiengang ein Profil gewinnen sollte, und besondere Qualitätsanliegen hatte. Er öffnete sich, ein Stück weit, dem Thema des unaufhaltsamen Fortschreitens neuer Medien. Dieses neue Großthema der 2010er Jahre ist in vielen Lehrveranstaltungen aufgegriffen worden. Freilich, so ist mein Eindruck, ist die massive Medialisierung der Kommunikation und Informationsmittel, der Terrainverlust klassischer Bildungsmedien, in den Fächern immer noch ungenügend berücksichtigt worden. Im jetzigen Uni-Wahlkampf hat ein Kandidat sogar gefordert, das Buchmedium aufzugeben. Stattdessen geht es doch darum, wie Studierende wieder substantiell lesen lernen – unter den neuen Bedingungen.

Aber es gab immer wieder auch positive Impulse für die Internationalisierung der Lehre: Die Europaprofessuren, die von den HoK-Studierenden genutzt wurden, ihren Horizont zu erweitern. Man schwärmte ins Baltikum aus. Wir befassten uns mit dem griechischen Selbstverständnis mitten in der Finanzkrise. Studentische Kurs Teilnehmer lernten die Politik, die Städte und die Medien der Niederlande kennen. Leider wurden in der Zwischenzeit in einigen der tragenden Fächer die obligatorischen Exkursionen abgeschafft: Seither gibt es zu diesen auch keine Zuschüsse mehr. Wiederum intensivierten sich auf der Ebene der Doktorandenausbildung die Kontakte mit Frankreich. Denn immer wieder setzen Absolvent/innen ihre wissenschaftliche Grundbildung in einem Promotionsstudium fort. Und auch dies ist ein

Zeichen dafür, dass wir mit dem Insistieren auf den Primat wissenschaftlicher Methoden im Studiengang gut gefahren sind.

- 4. Die Zahlen sprechen für sich. Der Studiengang ist wie kein anderer geisteswissenschaftlicher an dieser Universität und im Vergleich zu denen anderer größerer Universitäten von der Beteiligung her ein eindeutiger Erfolg. Er bringt deshalb der Fakultät auch viel Geld ein. In den zwanzig Jahren haben meiner Schätzung nach etwa 1000 Studierende mit HoK begonnen, ca. 700 dürften erfolgreich abgeschlossen haben, wohl an die 500 innerhalb der Regelstudienzeit. Manchmal trugen die Koordinatorinnen den Säumigen die Unterlagen zum Abschluss nicht nur gleichsam, sondern buchstäblich nach. Also intensive Beratung, die Geltung jedes Individuums, zumal wenn man dies mit den Studienbedingungen von Massenuniversitäten vergleicht, haben die günstige Abschlussrate ermöglicht. Das kompliziert angelegte Studien- und Prüfungssystem wurde in sehr zahlreichen Veranstaltungen erklärt, später vereinfacht. Hier engagierte sich die Fachschaft von Anfang an stark. Die Fachschaft organisiert in Winter- und Sommersemestern die Orientierungseinheit mit, sie ist im Prüfungsausschuss, im Gebührengremium und im Sprecherrat vertreten. Studentisches Engagement im Ehrenamt wird in den Studienordnungen seit 2014 über Credit Points anerkannt, erweitert wurde dies 2018 und 2019. Freilich: Studentische Partizipation hat auch Grenzen: Ämter werden oft nur kurzzeitig besetzt, es fehlt dann an Kontinuität und Verbindlichkeit. Das Beste ist wohl: Die informelle Kommunikation zwischen Fachschaftsvertreter/innen, Koordinationsstelle und Sprecherrat: So konnten schon die Lehrleistungen einzelner Dozenten besprochen werden. Und die studentischen Vertreter/innen fangen auch blöde Gerüchte ab, die sich ständig verbreiten.

In den zwanzig Jahren haben etwa 1.000 Studierende mit HoK begonnen, circa 700 dürften erfolgreich abgeschlossen haben, wohl an die 500 innerhalb der Regelstudienzeit.

3. Was sind die Perspektiven?

Grundsätzlich: Ein künftiges Profil der Geistes- und Kulturwissenschaften zeichnet sich auch über HoK hinaus ab: Die Aufgaben sind Internationalisierung, Verbesserung der Sprachkenntnisse, Überwindung von Nationalismus, der von dem Geographen Peter Dörrenbächer organisierte MA-Studiengang Border Studies ist hier eine gute Initiative.

Weiter steht an: Die Öffnung europäischer Horizonte angesichts der neuen Phase der Globalisierung mit ihren neuen digitalen Kontrollapparaten sowie im Zeichen der postkolonialen Debatte.



Foto: Paula Bleschke

Förderer und Absolventen der HoK-Studiengänge nahmen an der Feierstunde teil.

Noch viel zu wenig realisiert ist die hervortretende Aufgabe, auf die Prozesse der Internationalisierung von Wissen und Wissenschaft in einer zusammenhängenden Debatte und nicht nur ad-hoc oder beim jeweiligen Gegenstand einzugehen. Dazu müssten die Lehre und die Forschung der tragenden Professuren internationaler werden, müssten sich Studierende mehr Sprachen aneignen. Zusammenhang stiftende Debatten der Pionierzeit von HoK, wie die über den zugrunde zu legenden Kulturbegriff, finden heute leider kaum noch statt. Zu stark ist der einzelne Studierende damit befasst, Anforderungen zu erfüllen und ansonsten Geld zu verdienen. Geldverdienen neben dem Studium nimmt überhand. Wiederum zu stark sind die Forscherinnen und Forscher damit befasst, und werden ja immer mehr unter Druck gesetzt, Drittmittel einzuwerben, sich ständig präsent zu zeigen, und die Publikationsliste zu erweitern: publish or perish.

Über die Jahre hinweg wurden Absolvent/innen von HoK als Lehrkräfte in den Praxis- und Methodenkursen eingesetzt. Diese progressive Akzentsetzung wird auch künftig gepflegt, ebenso werden die Berufsinfotage fortgesetzt. Diese Absolvent/innen haben bereits in ihrer Projektpraxis Themen kennengelernt, die zwischen Gesellschaft und Wissenschaft vermitteln, zum Beispiel im Projekt Kultursommer Barockstraße von 2014. Künftig sollte stärkeres Gewicht auf alternative Arbeitsformen gelegt werden: selbstgestaltete Blogs oder von den Studierenden entwickelte Workshops. Dazu müssten sich allerdings die Lehrenden mit diesen Formaten einer noch weiter medialisierten und partizipativ angelegten Kommunikation vertraut machen, ohne in den

Selbstdarstellungsmodus solcher Formate zu verfallen. Man könnte hierzu geeignete Blogger einladen, insbesondere solche, die in ähnlichen Studiengängen studiert haben, und man müsste die Workshops mit Credit Points „belohnen“. Jedenfalls sehen die Studienordnungen bereits solche flexiblen Leistungsformen vor.

Ein Desiderat ist die Wiederbelebung von Foren öffentlicher beziehungsweise studiengangöffentlicher Debatten über Grundbegriffe: Wie kommt kulturelle Produktivität zustande? In welche Richtung entwickelt sich das Wissenschaftssystem? Weitere integrative Themen genug bieten sich an: Wie trifft sich das Lokale und das Globale? Oder: Verhandlungssache Geschlecht. Oder, um an interdisziplinäre Themenmodule von 2014 zu erinnern: Kunst und Politik im Zeichen von Protest; Wohnprojekte der Moderne; Bilder der Diversität; Militär und Gesellschaft; Emotionen, Gefühle, Empfindungen – Philosophische und kunsthistorische Perspektive. Dies sind alles Aufgabenstellungen, die sich für einen größeren Diskussionszusammenhang auch heute eignen. Solche Diskussionsforen sollten vom Studiengang aus organisiert werden und insbesondere junge Dozent/innen dafür motiviert werden. Insgesamt ist das Hauptkriterium der Interdisziplinarität durch die bestehende Kooperation von jeweils zwei oder vier Dozierenden bereits gut abgesichert. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Universitäten, allerdings ausbaufähig.

Ein weiteres Desiderat ist die Stärkung des Feedbacks von Absolventinnen und Absolventen. Leider sind die Gründung eines Alumni-Vereins seit 2008 und die Veranstaltung von Alumni-Tagen im Sande verlaufen. Es bleibt das damals entwickelte Format, aus HoK stammende Kulturtätige, Karrierejournalisten und kreative Köpfe immer wieder zu Präsentationen einzuladen. Und das funktioniert seit etlichen Jahren.

Eine ewige – das heißt zwanzigjährige – Forderung ist die personelle Stärkung der Koordinationsstelle, die sich, wenn besser abgesichert, verstärkt der Öffentlichkeitsarbeit, Evaluierungsmaßnahmen und der Organisation der fachübergreifenden Kommunikation zuwenden könnte.

Schließlich: Die Stärkung des sozialwissenschaftlichen Methodenangebots durch die Fakultät und Universität. Eine Universität, an der es kein Fach Allgemeine Soziologie gibt, und kaum Zugänglichkeit zu Kursen im Empirischer Sozialforschung, deskriptiver Statistik oder Befragungstechniken, ist ein Unding. Immerhin ist erreicht worden, dass im B.A. die Einführung in die empirische Sozialforschung per Lehraufträgen verpflichtend ist, in beiden Masterstudiengängen können Aufbaukurse belegt werden. Und wir hoffen darauf, dass die derzeitigen Bemühungen um die Einwerbung von zwei Politikprofessuren erfolgreich sein werden.

Wie schon 2002 die „Saarbrücker Zeitung“ meinte, seien die Studierenden in diesem Studiengang stärker motiviert als in anderen. Damals stellte Alex Neuschl (12. Februar 2002) fest, diese Studentinnen seien belesener und weniger jammernd. Eine Evaluierungskommission im Jahre 2005 konstatierte, dass der Studiengang über-

regionale Attraktivität gewonnen habe. Allerdings war diese gefährdet, als 2014 ein drohender Kahlschlag die Fächer und die Studierenden verunsicherte. So wurde die Geographie reduziert. Die schlimmsten Kollateralschäden sind allerdings nicht eingetreten. Ebenfalls 2014 nahmen die Kommilitoninnen Angela Ulmrich und Lisa Fetzter in der „Saarbrücker Zeitung“ dagegen Stellung, den Masterstudiengang Historisch orientierte Kulturwissenschaften einer Business School einzuverleiben.

Man sieht, ein solcher Studiengang bedeutet nicht nur gemeinschaftliches Lernen, bedeutet nicht nur Vorbereitung auf Berufsfelder. Er ist nicht nur dazu da, grundlegende Methoden einzuüben und andere Leute kennenzulernen, oft ja fürs Leben. Sondern ein solcher Studiengang stellt sich Angriffen und Herausforderungen von außen. Man kann sich nicht ausruhen. Man wird stets und verstärkt darüber reflektieren müssen, was kritische Wissenschaft bedeutet. Wie

Ein solcher Studiengang stellt sich Angriffen und Herausforderungen von außen.

können Wissen, Fähigkeit zu wissenschaftlicher Kritik und Berufsorientierung immer wieder zusammengeführt werden?

Anmerkung

*) Im nachfolgenden Text wird der Festvortrag in leicht überarbeiteter Form präsentiert. Die Redaktion und die AK-Re-

ferent*innen Sabine Ohnesorg und Jörg Jacoby danken Prof. Dr. Clemens Zimmermann für die Genehmigung zum Abdruck.



Foto: Adobe Stock / brankospiel

„Altertümlich“ sind die historisch orientierten Kulturwissenschaften an der Saar-Universität nicht, auch wenn die Studierenden klassische Literaturrecherche betreiben.

Schockierender Bericht über täglichen Antisemitismus

Von Simone Hien

„Das was gestern geschah, ist eine Tragödie für dieses Land, eine Tragödie zuerst für die Familien der Opfer, eine Tragödie, weil sich jetzt, spätestens doch jetzt dieses Land klar sein muss, dass es offenen Auges dorthin gerannt ist. Es



hat alle Warnungen in den Wind geschlagen, alle Statistiken weggeredet. Das, was geschah in Halle, war nicht unvorstellbar in Deutschland, es war nur eine Frage der Zeit und gestern war diese Zeit“, schreibt Juna Grossmann einen

Tag nach dem antisemitisch motivierten Anschlag in Halle am 10. Oktober dieses Jahres in ihrem Blog „irgendwiejuedisch.com.“

Auch die Bloggerin und Museumsfachfrau Juna Grossmann hat gewarnt. Mit ihrem 2018 erschienenen Buch „Schonzeit vorbei. Über das Leben mit dem täglichen Antisemitismus“. Eindringlich schildert die 1976 in Ost-Berlin geborene jüdische Deutsche, was Jüdinnen und Juden in Deutschland tagtäglich ertragen müssen. Welche Anfeindungen ihnen entgegenschlagen, wenn sie sich zu erkennen geben. Aber das – zum Beispiel mit dem Tragen der Kippa, des

Davidsterns oder dem Anbringen der Mesusa, der Schriftkapsel, an der Wohnungstür – tun viele aus Angst vor negativen Konsequenzen und aus Angst vor Gewalt schon lange nicht mehr. Grossmanns Erfahrungsbericht beginnt mit der Eröffnung des Jüdischen Museums in Berlin im Jahr 2001, in dem sie bis 2003 arbeitete. Bereits in Gesprächen mit Museumsbesuchern wird sie mit Unwissenheit und Antisemitismus konfrontiert. Beispielsweise, wenn sie gefragt wird: „Warum kommen all die Juden zu uns? Sie haben doch jetzt eine Heimat, wohin sie gehen können.“ Auf die Bitte hin, Mantel und Rucksack an der Garderobe abzugeben, antwortet ein Besucher: „Das also ist jetzt die Rache, dass die Deutschen so viele Juden umgebracht haben, dass Sie uns in Ihrem Museum Vorschriften machen.“ Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 hört sie einen Kollegen sagen: „Das waren doch die Juden.“

Im Laufe der Jahre tritt der Antisemitismus immer deutlicher zutage, wird immer offener, immer schamloser geäußert. Seit 2014 erhält sie Hass-Nachrichten auf ihrem Blog. „Schlimmer ist es geworden. Schlimmer, als ich es mir je hätte vorstellen können. Der Hass, egal, auf wen, ist gesellschaftsfähig geworden, und ich frage mich immer öfter: Was ist mit dieser Gesellschaft los?“, schreibt die Autorin und gibt Zuschriften wieder, die sie bekommt. Sätze wie „Jeder der nicht Christ ist sollte sich löschen und erhängen“, „Juden sind Scheisse“, „Juden sind krank“ und „Der Zug nach Auschwitz wartet“ verstören – und werden für Grossmann zunehmend zur Qual, berauben sie der Fähigkeit, unvoreingenommen auf Menschen zuzugehen.

Juna Grossmann berichtet nicht nur aus ihrem Leben, sondern auch von den Erfahrungen anderer jüdischer Deutscher. Wie sie beispielsweise erleben, dass man sein Judentum in Bewerbungen besser verschweigt oder dass man bei der Wohnungssuche von einem Makler gesagt bekommt: „Die Besitzerin vermietet nicht an Juden.“ Wie die Autorin sind auch andere Jüdinnen und Juden von zunehmendem Hass betroffen. So ist „das Sprechen über das Weggehen ganz normal geworden“. Auch Grossmann „will möglichst mobil sein“.

„Die Schonzeit ist vorbei“, hört sie immer öfter. Aber wenn die Schonzeit – etwa, dass der Antisemitismus, der nach 1945 in Amts- und Wohnzimmern weiterblühte, nun wieder offen zutage treten kann – vorbei ist, dann sei es umso wichtiger, dem Hass entgegenzutreten. Grossmann fordert dazu auf, das Schweigen zu brechen, Zivilcourage zu zeigen und Antisemitismus, Rassismus und jegliche Art

von Diskriminierung deutlich zu machen. Denn Hass habe in einer aufgeklärten demokratischen Gesellschaft mit moralisch-ethischen Ansprüchen nichts zu suchen. Ihr Bericht aber endet pessimistisch: „Ich glaube nicht mehr daran, dass jüdische Einrichtungen in Deutschland ohne Schutz auskommen werden. Ein ganz normales Leben wird vielleicht noch für Generationen nicht möglich sein.“

Das Buch rüttelt auf, schockiert und macht deutlich: Wir müssen endlich begreifen, dass Antisemitismus in Deutschland alltäglich und in allen gesellschaftlichen Schichten vertreten ist. „Schonzeit vorbei“ ist ein unbedingt empfehlenswertes Buch, das nichtjüdischen Menschen, die derartigen Anfeindungen nicht ausgesetzt sind, die Augen öffnet.

Juna Grossmann: Schonzeit vorbei. Über das Leben mit dem täglichen Antisemitismus, Droemer-Knauer-Verlag, München 2018, 157 Seiten, ISBN 978-3-426-27775-1, 14,99 Euro.

Aus Angst vor antisemitisch motivierten Übergriffen verstecken viele Juden in Deutschland ihren Glauben und tragen ihre Kippa nicht in der Öffentlichkeit.



Foto: Adobe Stock/Altauwald-pictures

Wie wollen wir arbeiten und leben?

Von Jonas Boos

„Und alle wollen arbeiten gehen, das Bruttosozialprodukt steigern“¹ – damit nichts zu tun haben will Tobi Rosswog, Aktivist und Autor des Buches „After Work – Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit“. Auf 144 Seiten hinterfragt Rosswog abwechslungsreich und aufgelockert die Art und Weise, wie wir im heutigen System „Lohnarbeit“ leben und arbeiten. Ob Rosswogs Ideen radikal genug sind, um die gesellschaftlichen Verhältnisse tatsächlich ändern zu können, darüber lässt sich diskutieren.



Im ersten Teil des Buches zeigt Rosswog auf, welche Auswirkungen Arbeit im vorherrschenden System auf Mensch und Umwelt hat – Lohnarbeit ist mitverantwortlich für Krankheit, Leistungsdruck, Gehorsam, falsche Wertschätzung, Umweltzerstörung etc. Bereits auf Seite 10 fordert Rosswog: „Wir brauchen eine radikale Kritik der Arbeit.“ Aus Sicht der Arbeitskammer mag die Analyse richtig sein, die Schlussfolgerung allerdings ist eine andere. Die zentrale Frage lautet: Warum arbeiten wir so? Warum dürfen Unternehmen so produzieren? Daraus leitet sich die Frage nach der vorherrschenden Wirtschaftsordnung ab. Im Kapitalismus

erfolgt gesellschaftliche Anerkennung und Identität durch Waren und Konsum. Und es gilt: keine Arbeit, kein Lohn, kein Konsum. Der Verzicht auf Arbeiten geht daher wahrscheinlich an der Lebensrealität der arbeitenden Masse vorbei. Es greift die Menschen in ihrer Bedürfnisstruktur an, die sie sich nicht selbst ausgesucht haben, sondern die ein Produkt gesellschaftlicher Prägung sind. Es handelt sich um ein gesellschaftliches Problem im Kapitalismus, das durch den Verzicht des Einzelnen auf Arbeit kaum gelöst werden kann, sondern vielmehr die gesellschaftliche Verantwortung individualisiert.

Damit sind wir beim zweiten Teil des Buches. Hier werden Ansätze jenseits der Lohnarbeit aufgezeigt. Manchmal fühlt man sich an gutmeinende Ratgeber erinnert, wenn Rosswog dazu einlädt, sich nicht als Konsument*in zu verstehen, nicht auf die Politik zu warten, sondern loszulegen und den eigenen Alltag zu verändern (durchaus auch gemeinsam im Kollektiv). „Wenn du die Regeln nicht gut findest, spiel nicht mit“, fordert der Autor. Ideen wie Kleidertauschbörsen, Urban Gardening, Upcycling, Trampen, offene Bücherschränke etc. sind alle sinnvoll und können die herrschende Sichtweise herausfordern – allerdings setzen sie immer auf der Ebene individueller Verhaltensänderung an. Im Buch wird zwar das System Lohnarbeit im Kapitalismus kritisiert, aber die vorgeschlagene Lösung lautet häufig: sich dem System entziehen. Nur: Als Einzelperson hat man durch eine Entscheidung, sich dem System zu entziehen leider kaum Einfluss. Das System und seine Produktionsbedingungen ändern sich dadurch nicht. Aus einzelnen Kon-

sum- oder (Arbeits-)Verzichtsentscheidungen wird kein kollektives Ganzes, sondern eher ein privates gutes Gewissen.

Wer die Welt verändern will, müsste die Machtfrage stellen. Und das entscheidende Machtmittel in unserer Gesellschaft ist – wie schon Karl Marx wusste – der Zugang zu den Produktionsmitteln. Wer über sie verfügt, entscheidet, was, ob und wann, wie viel und mit welchem Ziel produziert wird. Über den Besitz an Produktionsmitteln gewinnt man Einfluss auf den Umgang mit Umwelt und Mensch und damit auch auf den Faktor Arbeit. Wenn freiwilliger Verzicht dazu führt, dass der Kampf um die Produktionsmittel aufgeben wird, kann das als Ersatzhandlung für Klassenkämpfe verstanden werden und letztlich systemstabilisierend wirken – wenn man sich aus dem System zieht, muss man sich nicht solidarisieren, nicht in Gewerkschaften oder Parteien organisieren.

Als politisch Linksdenkende – und auch im Sinne der Arbeitskammer – haben wir die Aufgabe, der Privatisierung des Protests entgegenzuwirken, Arbeitskämpfe zu unterstützen und für gesamtgesellschaftliche Verbesserungen zu streiten. Es geht darum, dass Arbeit selbstbestimmt, mitbestimmt wird und dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen durchsetzen – über Teilhabe und demokratische Prozesse. Die Arbeitskammer plädiert deswegen nicht für ein Ende der Lohnarbeit, sondern für mitbestimmte Lohnarbeit. Insbesondere vor den Hintergrund der aktuellen Debatte zur Transformation tun sich hier Chancen auf: Wenn die Beseitigung der syste-



Kann Trampen in eine Gesellschaft jenseits der Arbeit führen?

mischen Ursachen von Arbeitsplatzverlusten und Umweltzerstörung in den Blick genommen werden sollen, stellen sich grundsätzliche Fragen darüber, wie wir leben, produzieren und arbeiten wollen und inwiefern unser derzeitiges auf Wachstum und Profit ausgerichtetes Wirtschaftssystem tragfähig bleibt. Die Transformation hat somit das Potenzial, systemverändernd zu wirken. Damit dies im Sinne einer Humanisierung der Arbeitswelt geschieht, ist es zentral, dass bestehende Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden und eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt.

Tobi Rosswog: After Work – Radikale Ideen für eine Gesellschaft jenseits der Arbeit: Sinnvoll tätig sein statt sinnlos schuften, oekom-Verlag, München 2018, 144 Seiten, ISBN 978-3-96238-056-4, 15 Euro.

Anmerkung

- 1) Textauszug aus dem Lied „Nichts mit euch zu tun haben“ der Band Waving the Guns.

Wo endet die Meinungsfreiheit, wo beginnt Zensur?

Von Wulf Wein

Zensur ist ein Begriff, der in jüngster Zeit wieder vermehrt verwendet wird. Ein Gedicht wird von einer Fassade entfernt? Zensur! Ein Bild wird aus einem Museum entfernt? Zensur! Ein Redner wird von einer Universität ausgeladen? Zensur! Doch ist es das wirklich? Viele Menschen haben inzwischen das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr offen sagen zu können. Sie fragen sich, ob Kunst politisch korrekt sein muss und wie viel Freiheit man den Feinden der Freiheit geben darf.

In der Debatte geht nach Ansicht der Literaturwissenschaftlerin Nikola Roßbach einiges durcheinander. Klassische Zensur vermische sich mit neuen Formen, polemischer Geschrei von rechts mit Sprechverboten von links. Nikola Roßbach analysiert im Buch „Achtung Zensur! Über Meinungsfreiheit und ihre Grenzen“ die kontroverse Diskussion um das Sagbare und versucht, die unterschwelligsten Mechanismen in unserer Gesellschaft offenzulegen. Zugleich fordert sie eine Zensurdebatte, die über den effektheischenden Austausch von Extrempositionen hinausgeht.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist Roßbachs Band „das politische Buch 2019“. Die Jury begründet ihre Entscheidung zur Vergabe des angesehenen Preises wie folgt: „Wer sich mit dem weitgespannten Thema Zensur beschäftigt,

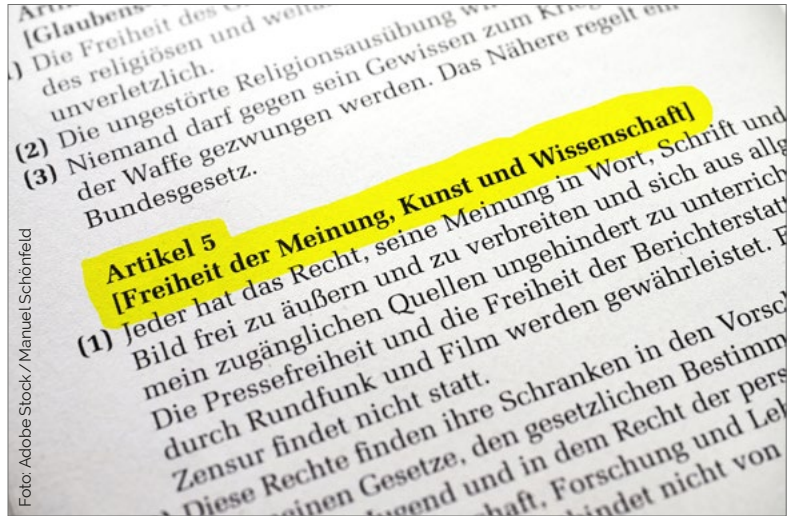
stößt unweigerlich auf Fragen der Entfaltung, Ausübung und Sicherung von Macht. Nikola Roßbach gibt nicht nur einen Überblick über Geschichte und Ausprägung von Zensur in Diktaturen und totalitären Herrschaften. Sie richtet den Blick auch auf die moderne Welt und zeigt auf, wie auch hier die Einschränkung von Meinungsfreiheit vor sich geht.“

Nach Einschätzung der Jury bietet das Buch eine Fülle politisch relevanter Beispiele dafür, wie informelle Zensur wirkt, wie damit gesellschaftliche Abgrenzung vollzogen wird, wie Veränderungsbestrebungen abgewehrt werden, um Macht zu stabilisieren. Ansätze hierzu beobachtet die Autorin zum Beispiel in der Informationspolitik des US-Präsidenten und in seiner Polemik gegen Repräsentanten der Presse. Ausführlich zeigt sie auf, dass das Internet zur wichtigen Arena in der Auseinandersetzung um Meinungsfreiheit geworden ist, gerade hier wirkten Informationsunterdrückung und algorithmensbasierte Filterblasen indirekt als Zensur. Zensur werde allerdings auch als Kampfbegriff missbraucht, um gesellschaftliche Normen und den demokratischen Konsens zu unterminieren, wie die Autorin

eindrücklich darlege. So versuchten rechtspopulistische Bewegungen gezielt, kritisches Denken als Grundlage einer liberalen, offenen Gesellschaft als „Gesinnungsdiktatur“ zu diskreditieren und ent-



Die Meinungs-
freiheit ist
ein hohes
Gut und in
Deutschland
durch das
Grundgesetz
geschützt.



zögen sich mit dem Zensurvorwurf der sachlichen Auseinandersetzung.

Generell konstatiere Roßbach auf der einen Seite einen inflationären – und damit problematischen – Gebrauch des Zensurbegriffs. Demgegenüber stehe ein zunehmendes diffuses Bedürfnis nach Grenzen des Sagbaren auch bei denen, die die Demokratie verteidigen wollten. Das Buch zeige verschiedenste Ausprägungen des Phänomens Zensur und spreche auch subtile Formen der Selbstzensur an. Abschließend heißt es im Jury-Votum: „Nikola Roßbach ermöglicht einen neuen kritischen Blick auf die Bedeutung von Zensur, Meinungsfreiheit und ihren Beschränkungen und leistet damit einen überzeugenden Beitrag für den notwendigen Diskurs, ohne den eine demokratische Gesellschaft nicht auskommt.“

Tatsächlich sticht das Buch aus der Masse heraus, weil die Autorin auch recht provokative Fragen stellt, um zu erläutern, wo für sie die Meinungsfreiheit endet und

wo für sie Zensur beginnt. Sie regt mit ihren Thesen zum Nachdenken (und zum Widerspruch) an, was die Lektüre sehr spannend macht, obwohl der behandelte „Stoff“ ja nun wahrlich kein leichter ist.

Roßbachs Botschaft lautet: Wir benötigen eine öffentliche Auseinandersetzung darüber, was Meinungsfreiheit bedeutet und wie viel sie uns allen wert ist. Die Autorin wirbt vehement für eine gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Debatte, die auch Rechtsfragen berücksichtigt und den juristischen Zensurbegriff kritisch auf seine Aktualität hin überprüft, da gerade jetzt – im 21. Jahrhundert – ein tiefgreifender Wandel von Zensurkonzepten und -praktiken stattfindet. „Nur zu“, möchte man all den Unverzagten, die für das freie Denken und die freie Rede eintreten, zurufen, „frisch ans Werk!“

Nikola Roßbach: Achtung Zensur! Über Meinungsfreiheit und ihre Grenzen, Ullstein-Verlag, Berlin 2018, 267 Seiten, ISBN 978-3-550-05062-6, 20 Euro.

Über das andere Ende der Geschichte in der Transformation

Es ist gerade 30 Jahre her, dass der Kapitalismus westlicher Prägung vielen Zeitgenossen als der alleinige Sieger der Geschichte erschien. 1989 glaubten viele, dass mit dem Ende des real existierenden Sozialismus eine andere (bessere?) Zeit anbricht.

Heute klingt der damalige „Triumphalismus“ mehr als schal. Offenbar ist da einiges schiefgelaufen? In einer Reihe thematisch verflochtener Essays sucht der Historiker Philipp

Ther im Buch „Das andere Ende der Geschichte – Über die große Transformation“ nach Antworten.

Ther, der als Professor für osteuropäische Geschichte der Universität Wien lehrt und forscht, befasst sich mit wirtschaftspolitischen Irrwegen seit der Wiedervereinigung (von der Treuhand bis zu Hartz IV), analysiert die Entwicklung der USA ab den Clinton-Jahren und fragt, warum Russland und die Türkei sich vom Westen abgewandt haben. Anknüpfend an Karl Polanyis bahnbrechendes Buch „The Great Transformation“, rekapituliert Ther die rasanten Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte, die westlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs nicht minder dramatische Folgen hatten als östlich davon.



In den sechs Texten geht es um Neoliberalismus, Illiberalismus und die Große Transformation nach Karl Polanyi, die USA nach dem Kalten Krieg („Den Frieden verloren“), die Transformation der Bundesrepublik („Der Preis der Einheit“), den Abstieg Italiens als Menetekel für Europa („La Crisi“), um den Westen, Russland und die Türkei („Geschichte einer Entfremdung“) und um die polanyische Pendelbewegung nach rechts („Nachwort“).

Ther fragt sich: „Ist der Grund für die viel diskutierte Krise der Demokratie eher die Systemkonkurrenz von außen durch autoritäre Regimes und Diktaturen? Oder sind die inneren Zerfallerscheinungen das größere Problem?“ Die verbreitete Verunsicherung und Ratlosigkeit sowie die wachsende Macht von Autokraten und von gewählten Politikern, die das gerne werden würden, hätten ihn zum Schreiben der Essays motiviert, sagt er. Insofern „kämpft“ Ther wohl auch gegen die stark verbreitete Frustration. Das ist ein redliches Ansinnen. In Medienkritiken ist das Buch jedenfalls sehr positiv bewertet worden: „Klug und bescheiden im Gestus und mit einem Blick auf seine Kinder, denen er ‚eine bessere Zukunft, als sich derzeit erkennen lässt‘, wünscht.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). „Die sechs Essays gehören zu den interessantesten unter den vielen neuen Zeitdiagnosen.“ (Süddeutsche Zeitung). „Eine angstlose, scharfe Analyse des Umbruchs, der uns schüttelt.“ (Die Zeit). ww

Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte – Über die große Transformation, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2019, 199 Seiten, ISBN 978-3-518-12744-5, 16 Euro.

Vom Aufbegehren gegen Fake News und Hass im Netz

Das „Texten mit Schaum vor dem Mund“, sogenannter Hate Speech, hat (leider) eine lange Tradition im Internet. Anfangs waren vor allem Einzelne davon betroffen, schlimm genug. Doch längst dominieren Wutbürger, Extremisten, Trolle, Fremdenfeinde und Frauenhasser viele Kommentarspalten in den sozialen Netzwerken, um die gesamte Gesellschaft oder das „System mit seinen Helfern“ schlechtzumachen oder gar grundsätzlich in Frage zu stellen. Die von



Hannes Ley gegründete Facebook-Gruppe #ichbinhier kämpft täglich für die Verbesserung des Diskussionsklimas. Immer dann, wenn Wortwahl und Inhalte in Hass abzugleiten drohen, versuchen die Hashtag-Nutzer gegenzusteuern. Denn wo sich Lügen und Hassreden zusammen tun, entfaltet sich ein Potenzial, das die Gesellschaft spalten kann. Mit Zivilcourage und gegenseitiger Unterstützung können engagierte Bürger viel bewirken – Hannes Ley will zeigen, wie es gelingen kann. Er meint zum Motto seiner Facebook-Gruppe; „Wir reden nicht über Counter Speech, über Gegenrede. Wir praktizieren sie.“

Im Buch „#ichbinhier“ werden die Ziele und Möglichkeiten der Facebook-Gruppe, die gegen Hass und Hetze im Inter-

net vorgehen und aufklärerisch wirken soll, vorgestellt. Die geschlossene, das heißt nicht öffentlich einsehbare Gruppe gibt es seit Ende 2016, sie zählt heute rund 45.000 Mitglieder. Bereits Anfang 2017 erhielt die Gruppe durch entsprechende Medienberichterstattung einen erheblichen Schub an öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Gruppe wird auch von Prominenten wie beispielsweise von der Journalistin und TV-Moderatorin Dunja Hayali unterstützt. Im Juni 2017 wurde die Gruppe mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. In der Begründung hieß es: „Hier steht der Dienst an der Gesellschaft im Vordergrund: Alle, die den Hashtag konstruktiv nutzen, setzen sich aktiv für eine bessere Diskussionskultur und gegen Hass und Hetze im Netz ein.“

Der selbstständige Kommunikationsberater Ley beschreibt in dem Buch zudem die Phänomene, die immer wieder zu Hass und Falschinformationen im Netz führen. Es sind für ihn und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor allem politische Beeinflussung durch nicht nachgewiesene Behauptungen, Verschwörungstheorien, Rassismus, Rechtsextremismus, Gewaltverherrlichung und Gewaltandrohung. Den Ausschlag zur Gruppengründung gab für Ley sein „Wunsch nach einem respektvollen Umgangston“, wie er selbst schreibt. Das Buch endet mit erhellenden und hilfreichen praktischen Ratschlägen zur „Ersten Hilfe bei Hasskommentaren“. Für jede und jeden, die/der den demokratischen Diskurs auch im Netz verteidigen möchte, lohnt die Lektüre. ww

Hannes Ley: #ichbinhier – Zusammen gegen Fake News und Hass im Netz, Dumont-Verlag, Köln 2018, 206 Seiten, ISBN 978-3-8321-9897-8, 20 Euro.

Zusammenwachsen dauert und tut weh

Der Autor Aladin El-Mafaalani hat das „Integrationsparadox“ sehr genau unter die Lupe genommen und kommt dabei zu ganz anderen Schlüssen als viele andere Menschen. Seine These ist: Wer davon ausgeht, dass Konfliktfreiheit ein Gradmesser für gelungene Integration und eine offene Gesellschaft ist, irrt. Konflikte entstünden nicht, weil die Integration von Migranten und Minderheiten fehlschläge, sondern weil sie zunehmend gelinge. Für den Politologen, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler steht fest: Gesellschaftliches Zusammenwachsen erzeugt Kontroversen und populistische Abwehrreaktionen – in Deutschland und weltweit. Dazu schreibt er: „Zusammenwachsen dauert und tut weh.“



Aladin El-Mafaalani nimmt für sich in Anspruch, in populärwissenschaftlicher Art und Weise eine völlige Neubewertung der aktuellen Situation in Sachen Integration für den gesamten „Westen“ vorzunehmen. In der Verlagsankündigung heißt es: Wer das Buch gelesen habe, werde verstehen, warum Migration dauerhaft ein Thema bleiben werde und welche paradoxen Effekte Integration habe, erfahren, woher die extremen Gegenreaktionen kommen, in Diskussionen besser gegen Multikulti-Romantiker auf

der einen und Abschottungsbefürworter auf der anderen Seite gewappnet sein sowie erkennen, dass es in Deutschland nie eine bessere Zeit gab als heute und dass wir vor ganz anderen Herausforderungen stehen, als gedacht.

Im Grunde genommen hat El-Mafaalani einen – übrigens sehr verständlich formulierten – grundsätzlichen Mutmach-Appell in Buchform gebracht. Das muss heutzutage wahrlich nicht verkehrt sein, da die Lage ja doch sehr häufig eher grau in grau skizziert wird. Der Autor verspricht seinem Lesepublikum: „Wem es bisher schwerfiel, in Diskussionen gegen Pessimisten und Demagogen gut dazustehen, findet in diesem Buch die ‚Waffen‘, die dazu nötig sind. Ebenso hilft die Analyse all jenen, die sich derzeit unwohl fühlen oder besorgt sind.“ In verschiedenen Rezensionen wurde gerade die etwas andere Herangehensweise von El-Mafaalani sehr positiv beurteilt. „Ein beruhigendes Buch in unruhigen Zeiten“, hieß es in der „Zeit“ – und ergänzend: „Wer sich im Meer der Weltuntergangsprosa auf eine Insel des Optimismus retten will, ist hier richtig.“ Und in „Spiegel Literatur“ stand: „Das Gute-Laune-Buch des Jahres. (Macht) klug – und glücklich.“

Jede einzelne These des Autors müssen die Leser sicher nicht teilen, aber die Lektüre ist durchaus anregend, weil der Umgang mit dem schwierigen Thema erfrischend anders ist. ww

Aladin El-Mafaalani: Das Integrationsparadox – Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Verlag Kippenheuer & Witsch, Köln 2018, 240 Seiten, ISBN 978-3-462-05164-3, 15 Euro.

1|18 1/Topthema: Vom Wert kultureller Zwischennutzungen am Beispiel der Stadt Saarbrücken (Rainer Hartz) – **2:** Aktueller Stand und offene Fragen zum Gründungsgeschehen an den saarländischen Hochschulen (Sabine Ohnesorg/Ralf Becker); **3:** Zur Situation wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Saar-Universität (Freya Gassmann); **4:** Im automobilen Strukturwandel ist Beschäftigungssicherung ein Muss (Jonas Boos); **5:** Über Sinn und Nutzen der Wirtschaftsdemokratie in der heutigen Zeit (Dr. Stephan Peter) – Buchbesprechungen und Buchtipps

1|19 1/Topthema: 16 Thesen zu Guter Arbeit in der großen Transformation (Prof. Dr. Klaus Dörre) – **2:** Politik und Wirtschaft müssen den digitalen Wandel proaktiv begleiten (Frederik Moser); **3:** Wie wirkt sich „digitale Kontrolle“ auf die Arbeitnehmenden aus? (Rudolf Siegel/Julia Hentze/Leon Porsch/Cornelius J. König); **4:** Die Weiterbildungslandschaft in der Großregion (Alexa Holz-Himbert/Dr. Jeanne Ruffing); **5:** Zum „korrekten Schreiben“ könnte bald auch der Asterisk gehören (Wulf Wein) – Buchbesprechungen und Buchtipps

446.000

Mitglieder vertreten wir – nämlich alle sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten, Auszubildende und Arbeitssuchende im Saarland.



44.500

Fachberatungen in allen relevanten Steuer- und Rechtsfragen bieten unsere Expertinnen und Experten pro Jahr für unsere Mitglieder an.



25.000

Teilnehmertage sind Jahr für Jahr im sehr schön gelegenen und gut und zeitgemäß ausgestatteten Bildungszentrum in Kirkel zu verzeichnen.



Fakten über die Arbeitskammer des Saarlandes

Kompetent in drei Kernbereichen

Die Arbeitskammer des Saarlandes steht seit ihrer Gründung für Kompetenz und Zuverlässigkeit. Gemeinsam mit den Gewerkschaften steht sie den saarländischen Beschäftigten mit Rat und Tat zur Seite. Im Gesetz heißt es, „die Arbeitskammer des Saarlandes hat die Aufgabe, als öffentlich-rechtliche Vertretung der im Saarland beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (. . .) die allgemeinen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wahrzunehmen“. In drei Kernbereichen ist die AK Saar tätig:

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **beraten, bilden und forschen** im Interesse der Bevölkerung, wie es im AK-Logo ausgedrückt wird. **beraten.** – Die Fachberaterinnen und -berater der AK im Haus der Beratung in Saarbrücken unterstützen die Mitglieder in allen Angelegenheiten des Arbeitsrechts, Sozialrechts und Steuerrechts. Unsere Referentinnen und Referenten beraten die Politik in allen relevanten Arbeitnehmer-Angelegenheiten. **bilden.** – Als Bildungseinrichtung befähigt die AK Saar Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Veranstal-

tungen, Kurse und Seminare dazu, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Im hauseigenen Bildungszentrum in Kirkel gibt es pro Jahr rund 500 Tageskurse, 160 Mehrtagesseminare, 200 Wochenendseminare und 120 Wochenseminare. **forschen.** – Als Forschungseinrichtung liefert die AK Saar wichtige Erkenntnisse aus der Arbeitswelt für die interessierte Öffentlichkeit. In ihren jährlichen Berichten an die Regierung nimmt sie zudem Stellung zur aktuellen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.